Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Diamantzeile 50 Pfg., bei lokalen Anzeigen 40 Pfg. Reklamezeile 2.00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schubeis, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der ausliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 5.50 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 38 (1. Blatt) | Dienstag, den 15. Februar 1921 | 49. Jahrgang

Ministerreden in Münster und Bochum.

(TU) Aus Veranlassung der Zentrumspartei sprach am Samstag abend Reichsfinanzminister Dr. Wirth in Münster über die bevorstehenden Londoner Verhandlungen. Falls wir in London ein Diktat entgegennehmen sollten, dann sei er der Auffassung, daß in Deutschland erst die Minister gesucht werden müßten, die nach London gehen. Daß die Verständigung uns große schwere Opfer auferlegen wird, sei ganz selbstverständlich, aber man könne keine Vermögenswerte geben; die Arbeit müsse die Grundlage sein, auf der man in London verhandelt. Niemals werde es eine deutsche Regierung geben, die unter ein Versklavungsdiktat das Ja der Reichsregierung setzt. Mit besonderem Nachdruck wies der Minister darauf hin, daß das, was über die Gegenvorschläge durch die Zeitungen gehe, frei erfunden sei.

(TU) In einer von mehreren tausend Personen besuchten Wahlversammlung im Bochumer Schützenhof sprach am Sonntag abend auf Veranlassung der demokratischen Partei Reichswehrminister Dr. Geßler. Er verbreitete sich eingehend über den Friedensvertrag und die Pariser Forderungen der Alliierten und stellte sich dabei auf den Standpunkt, wie dieser in der Erklärung der Reichsregierung vertreten worden ist. Der Minister warnte dringend vor einer Illusionspolitik der Unradikalen und davor, sich von einem amerikanischen Eingreifen irgendwelche Hilfe zu versprechen. Er ermahnte zur vollkommenen Einigkeit und Geschlossenheit des deutschen Volkes. Die Ausführungen des Ministers wurden von den Kommunisten fortwährend unterbrochen.

Welche Vorschläge wird Bergmann mitbringen?

(TU) In Paris wendet man das größte Interesse der Frage zu, welche Vorschläge Staatssekretär Bergmann mitbringen wird, der gestern aus Berlin wieder nach Paris zurückgekehrt ist. Man vermutet, daß er mehr Proteste als wirkliche Vorschläge präsentieren werde. Was die Erfüllung der Verpflichtungen anbelangt, so ist man durchaus bereit, die deutsche Delegation in London anzuhören. Man glaubt, daß diese darauf ausgehen wird, für Deutschland die Erlaubnis zur Aufnahme einer internationalen Anleihe zu erwirken, wobei die englischen, amerikanischen und neutralen Finanzleute durch die deutschen Bergwerke, Eisenbahnen und Eisenindustrie-Unternehmungen gedeckt würden. Deutschland soll von der Gelegenheit Gebrauch machen, sich den Besitz Oberschlesiens zu sichern und die Rückgabe eines Teiles seiner Handelsflotte zu fordern. Im „Matin" fordert Poincaree die Alliierten auf, gegen Deutschland energisch vorzugehen. Scheinbar Briand lobend, greift er ihn doch in schärfster Weise an.

Die Bergleute des Saargebiets gegen die Mehrlieferung von Kohlen.

Der Gewerkverein christl. Bergarbeiter hielt im ganzen Saargebiet viele Versammlungen ab, die von Tausenden von Bergarbeitern besucht waren. In den Versammlungen wurde einstimmig eine Entschließung gefaßt, in der es heißt, die weltwirtschaftliche Krise mache sich besonders im Saarbergbau bemerkbar. Wegen Absatzmangels wird am 12. Februar schon die vierte Feierschicht, die dritte im Februar, eingelegt. Angesichts dieser Situation werden die französischen Bergwerksdirektionen ersucht, sich dafür einzusetzen, daß in Frankreich für die Kohlen der französischen Saargruben genügender Absatz geschaffen wird. Die Saarbergarbeiterschaft kann es nicht verstehen, daß Deutschland monatlich über 200 000 Tonnen Ruhrkohle, die die deutsche Volkswirtschaft sehr benötigt, an die Entente mehr liefern soll, während auf den Halden der Saargruben kein Platz mehr zum Aufschütten der Kohlen vorhanden ist. Die Resolution fordert ferner ein gemeinsames Zusammengehen mit dem deutschen Bergarbeiterverband, um bei dem Büro des internationalen Bergarbeiterverbandes in Amsterdam ein gemeinsames Vorgehen der Bergarbeiter der angeschlossenen Länder zu erreichen, dahingehend, daß ein Teil der zu liefernden Ruhrkohle in Deutschland verbleibt, um so für die Saarkohle Absatzmöglichkeiten zu schaffen. Ferner fordert die Resolution die Freigabe der Kohlenbelieferung an die Bevölkerung, die Einschränkung der Feierschichten und die Erstattung des daraus entstandenen Lohnausfalles. Auch der Deutsche Bergarbeiterverband hatte seine Mitglieder zu vier großen Versammlungen im ganzen Saargebiet zusammenberufen, um ebenfalls zu den brennenden Fragen des Saarbergbaues Stellung zu nehmen. In den Versammlungen, von denen drei unter freiem Himmel stattfanden, wurde von der etwa 8—10 000 Teilnehmern eine Entschließung gleichen Inhalts gefaßt.

Das Chaos in Polen.

Ein Korrespondent der Vossischen Zeitung schreibt über den chaotischen Zustand der polnischen Staatswirtschaft u. a.: Der polnische Staatsvoranschlag weist einen Fehlbetrag von 80 Milliarden Mark auf. Nach dem vor kurzem veröffentlichten Status der Staatsdarlehnskasse beträgt der Papiergeldumlauf 50 Milliarden Mark. Weiter bedeutet eine schwere Schuld Polens das von Frankreich und anderen Ländern gelieferte Kriegsmaterial, dessen Höhe sich nicht feststellen läßt. Am meisten zehrt das polnische Heerwesen am Staat. Es beansprucht 80 Prozent der Staatsausgaben. Laut Voranschlag für 1921 besitzt das relativ kleine Polen die größte Armee in Europa, für deren Unterhalt kein Pfennig aus den Staatseinnahmen verbraucht werden kann, da die Militärausgaben 80 Milliarden polnischer Mark betragen, also ebenso hoch sind, wie das Defizit des Staatshaushalts.

Kronprinz Wilhelm an Bismarck.

Der von Bismarck am Schluß des 10. Kapitels abgedruckte Brief des damaligen Kronprinzen Wilhelm vom 18. Mai 1888 lautet:

Berlin, den 18. Mai 1888.

Euer Durchlaucht!

Den Brief vom 9. d. M. habe ich erhalten und mit großem Interesse gelesen. Aus dem Inhalt desselben glaube ich jedoch entnehmen zu müssen, daß Euer Durchlaucht meinen Randbemerkungen auf den Bericht vom 28. April eine übertriebene Bedeutung beimessen und dadurch zu der Auffassung gelangten, daß ich ein Gegner der friedliebenden und abwartenden Politik geworden bin, die Euer Durchlaucht mit soviel Weisheit und Vorsicht geführt haben und wahrscheinlich zum Heile des Vaterlandes noch sehr lange führen werden. Wiederholt bin ich für diese Politik in die Bresche getreten — St. Petersburg, Brest-Litowsk — und ich habe mich stets auf die Seite Euer Durchlaucht gestellt. Die durch mich gemachten Randbemerkungen hatten nur den Zweck, darauf hinzuweisen, daß über die Notwendigkeit oder Nützlichkeit des Krieges die politischen und militärischen Meinungen auseinandergehen. Ich wollte Eure Durchlaucht darauf hinweisen, nicht aber die Annahme erwecken, daß ich die politischen Rücksichten den militärischen unterwerfen wollte. Um in Zukunft jedes Mißverhältnis zu vermeiden, werde ich künftig alle Randbemerkungen auf Staatsdokumenten fortlassen; aber ich werde mir vorbehalten, Eure Durchlaucht in anderer Weise von meiner Auffassung in Kenntnis zu setzen. Bei der Wichtigkeit der von Eurer Durchlaucht zur Sprache gebrachten Frage sehe ich mich genötigt, näher auf dieselben einzugehen. Ich teile vollkommen die Meinung Eurer Durchlaucht, daß es uns selbst bei einem glücklichen Verlauf eines Krieges gegen Rußland nicht gelingen wird, die russischen Streitkräfte vollständig zu vernichten; aber trotzdem glaube ich, daß nach einem unglücklichen Kriege Rußland infolge der inneren Mißstände in eine ganz andere Machtlosigkeit verfallen wird, als irgendein anderer Staat Europas einschließlich Frankreich. Ich erinnere daran, daß Rußland nach dem Krimkriege beinahe 20 Jahre machtlos war, ehe es sich wieder soweit erholt hatte, daß es imstande war, 1877 vom Leder zu ziehen. (Bismarck schreibt hier an den Rand: Waldersee.) Frankreichs Streitkräfte wurden im Jahre 1871 nicht vollständig vernichtet. Unter den Augen, ja mit Hilfe des wohlwollenden triumphierenden Gegners konnte ein neues Heer auf die Beine gebracht werden, um die Kommunen zu überwältigen, und das Land vor dem vollständigen Untergange zu retten. Die Befestigungen von Paris in den Händen des Siegers wurden nicht dem Erdboden gleichgemacht, und die Flotte blieb dem nicht vernichteten, sondern nur politisch entmutigten Frankreich erhalten. Diese Tatsachen beweisen wohl, daß wir, weit davon entfernt, den Feind vollständig zu vernichten, den Stamm stehen ließen. (Bismarck schreibt an den Rand: 40 Millionen! und Europa?) Die Folgen davon sind die heutigen ansehnlichen und bedrohlichen Streitkräfte der Republik zu Wasser und zu Lande. Dies war, vom militärischen Standpunkte aus betrachtet, völlig ungerechtfertigt; aber die Politik in Verbindung mit den herrschenden Zuständen in Europa war für den Augenblick richtig. Je stärker nun die Republik wurde, desto mehr Neigung zeigte Rußland, trotz der loyalen Haltung und der Liebe des Zaren, uns in Bundesgenossenschaft mit der Republik zu überfallen. (Bismarck setzt die Worte: uns zu überfallen in Anführungszeichen und dahinter ein Fragezeichen. Am Rande bemerkt er dazu: Um den Bosporus zu erlangen.) Dieser drohende Zustand ist entstanden durch gemeinsame Interessen der Panslawisten und des republikanischen Frankreichs, um Deutschland als Bollwerk der Monarchie niederzuwerfen. Zu diesem Zweck haben die beiden Nationen ihre Streitkräfte an den in Frage stehenden Grenzen verstärkt, und obwohl sie zu diesem unqualifizierten Auftreten unsererseits in keiner Weise provoziert waren. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, brachte die durch Eure Durchlaucht geleitete Politik meines hochseligen Herrn Großvaters Bündnisse zustande, die dazu beigetragen haben, uns gegen Ueberfälle unseres geborenen Erbfeindes im Westen zu schützen. Auch hatten diese zur Folge, daß auch die Herrscher über Rußland für uns eingenommen wurden. (Das Wort „eingenommen" hat der Kanzler unterstrichen.) Dieser Einfluß wird bestehen bleiben, solange der gegenwärtige Zar wirklich die Macht in der Hand haben wird, seinen Willen durchzusetzen. Geht diese verloren, — und dafür sind viele Anzeichen vorhanden (Fragezeichen des Kanzlers) — dann ist es sehr wahrscheinlich, daß Rußland nicht länger zögert, zusammen mit dem westlichen Bundesgenossen uns zu bekriegen, wenn ihre Streitkräfte so entwickelt sind, daß sie uns vernichten können. Unter solchen Umständen nimmt der Wert unserer Bundesgenossen zu. Oesterreich zu binden (Bismarck: In diesen Worten liegt wohl der Keim des Handelsvertrages von 1899), ohne ihm tiefgehenden Einfluß auf das Reich zu verschaffen, sollte die große, und ich gebe zu, schwierige Aufgabe einer vorsichtigen deutschen Politik sein. Es muß allerdings darauf hingewiesen werden, daß ein Teil dieser Bundesgenossen romanischen Stammes ist und nur durch den Regierungsmechanismus gebunden, welcher nicht so vollständige Sicherheit gewährt, wie bei uns. Da also kaum auf eine Bundesgenossenschaft von einer langen Dauer zu rechnen sein wird, muß der Krieg, den zu führen oder abzuwehren sie mithelfen müssen, besser eher als später durchgeführt werden. (Bismarck macht am Rande ein großes Fragezeichen, unterstreicht das Wort besser und setzt ein Fragezeichen hinter das Wort eher.) Unsere Feinde werden natürlich alles versuchen, uns zu isolieren und um unsere Bundesgenossen von uns abzuwenden. Jeder Fehler, den wir machen, und jede schwache Stelle, die unsere Politik zeigt, wird von ihnen ausgenutzt werden. Zu einem solchen Fehler würde ich eine Protektion der Battenberger rechnen. (Bismarck unterstreicht das Wort und setzt ein Ausrufungszeichen an den Rand.) Oesterreich kann darin eine Verletzung seiner Interessen sehen, und Rußland würde die Gelegenheit benutzen, um unsere Bundesgenossen abtrünnig zu machen. Man muß auch nicht vergessen, daß ein für die Battenberger unternommener Krieg in Deutschland nicht populär sein würde, und daß der notwendige furor teutonicus fehlen würde. Rußland kann leicht Zufälle herbeiführen, die den Krieg entstehen lassen müssen; die öffentliche Meinung würde aber Deutschland als den Urheber des Krieges ansehen. Ich gebe zu, daß dadurch die Kriegsgefahr nahegerückt wäre, aber um welchen Preis? Ihm nachzustreben liegt mir fern. (Bismarck bemerkt: Aber Waldersee.) Wenn ein Krieg nach dem Westen in Aussicht wäre, und die notwendigen Vorbereitungen getroffen werden, und dieser auch, wie Eure Durchlaucht bemerkt haben, im Westen in jeder Beziehung größere Vorteile bietet, (der Kanzler macht ein Fragezeichen), als im Osten, so würden die Militärbehörden dankbar sein für eine Politik, welche, sobald der Krieg als unvermeidlich angesehen wird, imstande wäre, die Möglichkeit, denselben im Westen zu führen, wirklich sicherte. (Bismarck: Anders nicht?). Aber auch ich bin der Meinung, daß wir den Krieg auf beiden Fronten haben werden. Wenn wir im Osten beginnen, dann würde Frankreich nur dann nicht vom Leder ziehen, wenn es sich im Innern in einer außerordentlich schwierigen Lage befände, oder wenn sich militärische Schwierigkeiten zeigten, wie sie im vergangenen Herbst vorhanden waren. (Nichtfunktionieren der Melinitpatronen, Unbrauchbarkeit des neuen Gewehres und der gewaltige Eindruck, den die Besitzergreifung von Sperrforts bei Jüterbog machte.) Dagegen ist nicht mit absoluter Sicherheit zu ersehen, ob Rußland sich eo ipso passiv unseren Gegnern verhalten würde. (Die Worte „mit absoluter Sicherheit" sind von Bismarck unterstrichen worden. Weiter schreibt er an den Rand: Sicher nicht, aber eher als umgekehrt., In allen solchen Zeiten, insbesondere unter solchen Umständen, wie sie im vorigen Herbst bestanden, ist es die Pflicht des Großen Generalstabes, den eigenen militärischen Zustand und den der Nachbarstaaten scharf unter die Lupe zu nehmen. (Bismarck unterstreicht Großen Generalstabes doppelt und schreibt darüber: Waldersee) und sowohl die Vorteile und Nachteile, die sich in militärischer Hinsicht zeigen, mit aller Sorge zu überlegen. Die dadurch erreichten Ansichten bezüglich der militärischen Maßnahmen, die ihm zur Verfügung stehen, und welche durch die militärische Lage des Augenblicks bestimmt werden, müssen durch den Chef des Generalstabes dem Leiter der Politik mit aller Offenherzigkeit und mit der Aufrechterhaltung des militärischen Standpunktes zur Kenntnis gebracht werden. Hierin liegt meines Erachtens eine vollkommen erwünschte Hilfe für den Führer selbst der friedliebendsten Politik. (Bismarck bemerkt am Rande: Waldersee! Wer soll Reichskanzler werden?) Ich bitte Sie, in diesem Sinne meine Randbemerkungen vom 28. April ansehen zu wollen. Sie sollen zu gleicher Zeit darauf hinweisen, daß, wenn die deutsche Politik auch auf die friedliebendste Weise geführt wird, die militärischen Behörden von Deutschland und Oesterreich mit dem vollständigen Recht im Herbst des vergangenen Jahres auf die günstige militärische Lage aufmerksam machen mußten. (Das Wort „günstig" ist von Bismarck doppelt unterstrichen und mit Frage- und Ausrufungszeichen versehen), welche in militärischer Hinsicht für die beiden Länder bestand. Trotz meiner soviel Aufsehen erregenden Randbemerkungen hoffe ich, davon überzeugt sein zu können, daß Eure Durchlaucht bei einem eventuellen Wechsel der Regierung imstande sein werden, mit derselben Sicherheit wie bisher die Friedensliebe der deutschen Politik in Aussicht zu stellen. (Hier hat der Kanzler zwischen dem Text und Unterschrift geschrieben: Es würde ein Unglück sein, wenn . . .)

Wilhelm,
Kronprinz des Deutschen Reiches und von Preußen.

Der Prozeß gegen die 7 Kommunisten von der roten Armee.

(TU) Unter starkem Andrang des Publikums begann Montag vormittag vor dem Sondergericht des Gruppenkommandos II in Kassel der Prozeß gegen die sieben der Organisation einer roten Armee im Ruhrrevier angeklagten Kommunisten. Nach der Eröffnung der Verhandlungen durch Landgerichtsrat Dr. Hartmann stellte der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Wolf aus Düsseldorf den Antrag, daß das Gericht sich als Sondergericht unzuständig erklären soll. Er führte verschiedenes Material dazu an, daß seiner Ansicht nach das Gericht ungesetzlich sei. Die Staatsanwaltschaft wolle zu einem großen Schlag gegen die kommunistische Partei als solcher ausholen. Dieser Schlag werde ins Wasser fallen und die Rockschöße der Staatsanwaltschaft in einer Weise durchnässen, an die heute noch nicht gedacht werde. Ungerecht sei es auch, daß das Sondergericht im Auftrage des Reichspräsidenten durch den Reichswehrminister eingesetzt worden sei. Er habe eine 16 Seiten lange Verfügung des Reichswehrministers bei den Akten, woraus hervorgehe, daß die Reichswehr zum Kampfe im Innern gedrillt werden solle. Rechtsanwalt Dr. Säckel aus Frankfurt a. M. meint, daß sich das Kasseler Sondergericht nur der Gewalt beuge, wenn es sich für zuständig erkläre. Es bestehe dann aber nicht zu Recht. Staatsanwalt Dr. Meyer erwidert, die kommunistische Presse treibe eine schamlose Hetze gegen die Regierung, gegen die Richter, gegen die Wehr und gegen die Polizei und forderte zum bewaffneten Aufruhr auf. Täglich schössen neue rote Organisationen wie Pilze aus der Erde. Rechtsanwalt Dr. Wolf stellte fest, daß die Staatsanwaltschaft den Prozeß von vornherein in ein politisches Fahrwasser gebracht habe. Er werde übrigens im Verlaufe der Verhandlungen noch wiederholt Gelegenheit finden, sich mit dem Herrn Staatsanwalt im politischen Kampfe zu messen, wobei letzterer den kürzeren ziehen werde. Der Verteidiger führt zahlreiche Waffenfunde bei Rechtsorganisationen an und verweist auf das Breslauer Sondergerichtsurteil, durch das ein Leutnant freigesprochen worden sei. Das Gericht beschloß, die Akten über dieses Urteil einzufordern. Nachdem sich das Gericht für zuständig erklärt hatte, mit der Begründung, daß ein Sondergericht nur dann ein Ausnahmegericht sei, wenn es sich gegen bestimmte Personen einer Partei richte, was hier aber nicht der Fall sei, weil jedermann vor dieses Gericht kommen könne, wenn er gegen bestimmte Paragraphen verstoße, legte der Vorsitzende noch dar, daß die ordentlichen Gerichte mit ihrem Ueberfluß an formellen Bestimmungen nicht dem Zwecke der Verordnung des Reichspräsidenten entsprächen, die Beschleunigung im Interesse des Reiches herbeizuführen. Von einem Wiederaufleben der Militärgerichtsbarkeit könne keine Rede sein. Es wurden die Anklagen gegen die 7 einzelnen Angeklagten verlesen, worauf Rechtsanwalt Dr. Wolf wiederum den Antrag stellte, daß das Gericht unzuständig sei, weil die Angeklagten auf Grund der Anklage wegen Hochverrats schuldig sein müßten. Die Verhandlungen gehörten dann vor das Reichsgericht.

Die Waffenkunde in Groß-Berlin.

(TU) Wie erinnerlich, beschlagnahmte die Berliner Polizei vor mehreren Tagen in Westend eine Anzahl Waffen und stellte fest, daß diese Waffen (insgesamt 39 Maschinengewehre, 5 Karabiner, zahlreiche Munition und andere Gerätschaften der verschiedensten Art) von [illegible] Assessor Dr. Heyl und Genossen nach [illegible] verbracht worden sind. Die Polizei [illegible]gestellt, daß Dr. Heyl und Genossen die Waffen aus einem leerstehenden Gebäude der früheren Oberfeuerwehr in der Lehrter Straße in Berlin abgeholt hat. Die Ermittlungen führten, wie vom Polizeipräsidium mitgeteilt wird, zur Beschlagnahme eines weiteren außerordentlich umfangreichen Waffenlagers, als dessen Hauptbestandteil 2000 Infanteriegewehre (Modell 1908) zu erwähnen sind. Bei den Waffen in der Lehrter Straße handelt es sich angeblich um Waffen und Munition von einer früheren Militär-Freiwilligenformation.

Millionenverschiebungen mit Vieh.

Vom Landespolizeiamt sind umfangreiche Viehverschiebungen aufgedeckt worden, bei denen Werte von vielen Millionen in Frage kommen. An den Schiebungen sind die Großhändlerfirmen Fleischhauer-Breslau, Kleemann-Breslau, Knoblauch-Liegnitz und Stern-Emden beteiligt. Durch Bestechung der Angestellten der Breslauer Provinzialfleischstelle erhielten die Viehfirmen auf telephonischen Anruf binnen 24 Stunden Ausfuhrbewilligung. Nach den bisherigen Mitteilungen konnten in den letzten Monaten allein hunderte solcher Fälle nachgewiesen werden, bei denen zum Teil auch schwere Urkundenfälschungen begangen worden sind.

Tagesereignisse.

— **(Abbruch der deutsch-chinesischen Handelsvertragsverhandlungen)** Halbamtlich wird gemeldet, daß die Verhandlungen zwischen Berlin und Peking, die den Abschluß eines deutsch-chinesischen Handelsvertrages zum Ziele haben, auf einem toten Punkt angelangt sind. Es scheint, daß Deutschland darauf drängt, als meistbegünstigte Nation behandelt zu werden, unter dem Hinweis darauf, daß Amerika bereit ist, ihm eine derartige Behandlung zuzubilligen. Die chinesische Regierung antwortete, sie ziehe es vor, das Ergebnis der deutsch-amerikanischen Verhandlungen abzuwarten. Sie sei nicht geneigt, die Beziehungen mit Deutschland wieder aufzunehmen, ehe die andern Alliierten nicht ein gleiches getan hätten.

— **(Die oberschlesische Abstimmung.)** Ueber die Zahl der Abstimmungsberechtigten in Oberschlesien macht Korfanthys „Oberschlesische Grenzzeitung" folgende Angaben: Kategorie A (in Oberschlesien Geborene): 900 000, Kategorie B (nicht in Oberschlesien Geborene, die aber ihren Wohnsitz hier haben): 55 000, Kategorie C (in Oberschlesien Geborene, die außerhalb Oberschlesiens ihren Wohnsitz haben): 100 000. Nach deutschen Schätzungen ist die Zahl der der Kategorie C angehörenden noch bedeutend größer. Aber selbst wenn diese Ziffern stimmen sollten, gestatten sie eine für Deutschland durchaus günstige Voraussage. — Bei der Abstimmungsarbeit für Oberschlesien waren bisher eine Reihe von Beamten und Lehrern nebenamtlich in den Verbänden heimattreuer Oberschlesier tätig. Diese Verbände haben nun gebeten, die Beamten zur letzten Vorbereitung der Abstimmung voll zur Verfügung zu stellen. Die Dienststellen sind jetzt ersucht worden, Anträgen der Verbände auf Beurlaubung von Beamten zur Abstimmungsarbeit in weitgehendem Maße und mit Beschleunigung zu entsprechen. Die Regierung bezeichnet es insbesondere als erwünscht, wenn die überzähligen Lehrer ihre Kräfte in den Dienst der Sache stellen wollen.

— **(Ein deutscher Sieg in Oberschlesien.)** Wie die „Schlesische Volkszeitung" aus Kreuzburg in Oberschlesien meldet, erhielten bei den Stadtverordnetenwahlen die Listen der vereinigten deutschen Parteien 5188, die Liste der Nationalpolen 276 Stimmen.

— **(Direkter Schiffsverkehr Köln—Bordeaux.)** Sonntag traf der 1600-Tonnen-Dampfer „Dortmund" der Dampfschiffahrtsgesellschaft in Bremen, von Bordeaux kommend, mit einer Ladung Stückgüter in Köln ein.

Westfalen und Rheinland.

Im Wahlkampfe.

Kamen 15. Febr. **Die Sozialdemokratische Partei** eröffnete am Samstag mit einer öffentlichen Versammlung im Nagelschen Saale den Wahlkampf. Die Teilnahme war nicht eine solche, wie wir es von den überfüllten Versammlungen im Vorjahre her gewohnt waren. Die Wahlmüdigkeit zeigt sich, wie an allen Orten, so auch hier. Viele waren gekommen, um Otto Hue, den alten Bergarbeiterführer, der Deutschland neben Stinnes in Spaa vertrat, zu hören. Der Versammlungsleiter, Herr Strelinski, mußte gegen ½9 Uhr aber die Mitteilung machen, daß Hue in Hagen festliege, hoffentlich sei es ihm noch möglich, nach hier zu kommen. Guten Ersatz habe man in dem Genossen Erwin Barth aus Berlin erhalten. Redner bittet, den Referenten nicht in seinen Ausführungen zu stören; in der anschließenden Diskussion könne jeder seine Meinung frei äußern.

Herr Barth sprach dann in einstündiger Rede, ruhig und sachlich insbesondere über die Pflicht, die jeder Staatsbürger habe; an die er, wie er selbst betonte, besonders in heutiger Zeit erinnern müsse. Er wolle seine Zuhörer in die geistigen Tiefen führen und die Schlagwortrede vermeiden. In 8 Tagen sei Wahltag. Die Vorbereitungen fallen in eine unglückliche Zeit, in die Zeit des Pariser Diktats, auf Grund dessen Deutschland in die Sklaverei gehen solle. Redner geht des näheren auf die Pariser Beschlüsse ein und betont, daß Deutschlands gesamtes Vermögen nicht ausreiche, um die Forderungen ausführen zu können, welche auf Haus, Mann, Frau und Kind zentnerschwer lasteten. Wie auch immer unsere Regierung sich zu dem Diktat stellen würde, die Gefahr der Besetzung des Ruhr-Reviers bestehe ständig. Es wäre ganz unmöglich, zur Wahl zu schreiten, ohne sich dieses Verhängnis vor Augen zu führen. Die Not drücke auf uns alle. Keiner habe genügend zu essen, die Tuberkulose breite sich aus, der Gesundheitszustand der Schulkinder sei erschüttert. Dennoch gebe es eine Sorte Schlemmer und Prasser, die „neuen" Reichen, für deren Tun die schlimmsten und schärfsten Strafen nötig seien. Dazu gehöre aber entschlossene Regierungsführung, man müsse wieder Herr im eigenen Hause sein. Herr Barth ging dann auf die Arbeitslosenfrage ein, in Sachsen sei die Frage katastrophal, auch in Westfalen-Rheinland seien sehr viele Arbeitslose vorhanden, weil wir die Fabriken nicht im Stand halten können, weil man uns nicht genügend Rohstoffe gibt und die Kohlen, die das Ausland nicht benötigt, trotzdem entzieht. Die Schuldenwirtschaft der jetzigen Regierung würde oft bemängelt, man vergesse aber die lange Kriegszeit und weiter, daß wir den Krieg verloren. Wir sind eben arm geworden. Die Industrie ist nicht mehr auf voller Höhe, die Landwirtschaft kann nur 60% der Friedenserzeugung liefern, weil Kunstdünger fehlt, dazu komme, daß die Hauptnährungsprovinzen durch Friedensvertrag uns genommen wurden. Die Einführung von Waren und Lebensmitteln erfordere Geld und wieder Geld. Das sei die Schuldenwirtschaft. Keine Regierung, ob kommunistische oder deutschnationale, könne anders handeln. Dankbar gedachte der Redner der edlen Menschenfreunde in Amerika und anderen Ländern. Des jungen politischen Volkes größtes Uebel sei die Vergeßlichkeit, die Sucht zum kritisieren und schimpfen und weiter, daß es an der Vergangenheit klebe und nicht den Blick in die Zukunft richte. Ein jeder müsse sich heute als Wähler und Staatsbürger fühlen, müsse mit dem Stimmzettel protestieren und sich bewußt sein, daß er damit die Staatsverfassung schütze. Die Preußenwahlen seien der Reichstagswahl unbedingt gleich zu stellen. Würde die Preußenwahl die Rechtsparteien stärken, so wittere die Entente das alte kriegerische Preußen und das würde eine Entlastung für uns nicht bedeuten. Es sei deshalb eine Lebensnotwendigkeit, daß die Rechtsparteien nicht eine Stimme erhielten. Richtig sei es, wenn die Rechtsparteien sich zurückzögen und der Sozialdemokratie die Regierung überließen. Redner wendet sich dann gegen die Linksparteien. Falsch und verwerflich sei Moskaus Rezept, welches bezwecke, den Karren in den Dreck zu fahren und dann auszurufen: Holt euch, was ihr haben wollt. Mit Gewalt würde sich die Entente das beste Gebiet unseres Landes holen und in erster Linie das Ruhrgebiet besetzen. Wenn man den Eintritt der Sozialdemokratie in die Regierung verurteile, so müsse man sich vergegenwärtigen, daß die Sozialdemokratie nicht die ausschlaggebende Mehrheit besitze. Ohne Kompromiß gehe es eben nicht. Gebe es nun einen größeren Wahnsinn, als den, den bürgerlichen Parteien die Regierung allein zu überlassen? Wenn die Sozialdemokratie so gehandelt hätte wie die Linksparteien, dann wäre heute in Preußen der Zustand vor dem Kriege wieder da. Es sei ein Verdienst seiner Partei, daß sie in die Regierung eintrat und die hohe Verantwortung mit übernahm. Wenn die bürgerlichen Parteien unter Führung der Deutschnationalen die Verfassung gemacht hätten, dann wäre dieselbe nicht so menschenwürdig ausgefallen. Mit Schlagworten sei der Sache nicht gedient. Einem Abgeordneten, der nur mal eine Rede im Lande hatte, sich aber, wie die Linksabgeordneten, der Verantwortung entzöge, und sich an der Gesetzesherstellung nicht beteiligte, dürfe man überhaupt keine Stimme geben. Auch er könne mit Schlagworten arbeiten, aber es sei doch eine beleidigende Einschätzung der Versammlung, wenn man ihr dadurch ein Urteil und eine Abwägung absprechе. Er mache keinem politischen Gegner, der sein Programm ehrlich vertritt, einen Vorwurf daraus, aber einen Vorwurf jedem, der geistige Auseinandersetzungen nicht mit dem Kopfe, sondern mit dem Munde führe. Nur dadurch würden die Volksgenossen, besonders die Arbeiterschaft auseinander gerissen und in unzählige Lager versprengt. Wir sind ein großes Volk und gehören zusammen. Parteien müßten sein, es sei nicht möglich, alle unter einen Hut zu bringen. Der Arbeiter müsse schuften und schaffen, wenn man dann aber sehe, wie andere prassen und schlemmen, dann sei es ein Verbrechen, die Arbeiter auseinander zu reißen. Herr Barth geht dann auf die Verfassung ein. Wir seien ein freies Volk, ein jeder solle gleichberechtigt sein. Auch in die Wirtschaft solle der freie Geist eindringen und freie Menschen schaffen. Bei allem Tun soll man daran denken, daß die Republik zu schützen sei. Mit einem Appell, die Partei der Kriegsgegnerschaft, des Aufbaues, des Vorwärtsstrebens und der freien Wirtschaft zu wählen und mitzuhelfen an dem Bau des Hauses, das allen Freude und Frieden bringen soll, schloß der Redner.

Als erster Diskussionsredner sprach der Kommunist Leutner aus Dortmund in eineinhalbstündigen Ausführungen. Was man den Linksparteien heute vorwerfe, das habe die Sozialdemokratie früher getan, auch letztere habe früher gehetzt. Er macht der Sozialdemokratie den Vorwurf, daß sie den zersetzenden Kapitalismus nicht voll und ganz bekämpfe, den Wohltaten der Quäker usw. konnte er keine gute Seite abgewinnen. Trotz der Ströme von Milch, die nach Barths Worten ins Land flössen, sei sein Kind nach dem Aufenthalt in einem Hörder Kinderheim gestorben. Unerhört sei es, daß Ebert Auslandsvertreter und Wohlfahrtsausschüsse zum 5 Uhr-Tee lud und dort das Kinderelend im Film gezeigt wurde. Warum ging man nicht an die Quelle des Elends? Eine Politik der Schwäche und Feigheit würde getrieben. Wahnsinn sei es, daß die Gewerkschaften sich an der Kinderhilfe beteiligten. Man brauche keine Almosen. Alle Kompromisse hätten bisher im Interesse des Kapitals gelegen. Von der Freiheit, die Barth gezeichnet, sei wenig zu spüren. Wenn die Sozialisierung vorangekommen wäre, dann gäbe es heute nur Sozialdemokraten. Auch er sei ja Sozialdemokrat und Unabhängiger gewesen. (Zuruf: So jung und schon alles gewesen? Allgemeines Gelächter.) Er bittet Herrn Barth, auf die Sozialisierung einzugehen; Osterroth und Hue seien ihm in dieser Frage ausgewichen. (Gelächter). Die Sozialdemokratie sei im entscheidenden Moment (1914) umgefallen und habe sich wenig an den Baseler Beschluß von 1912, der einen Krieg verhindern wollte, gestört. Nur Liebknecht habe gegen die Kriegskredite gestimmt und er sei der Gründer der Kommunistischen Partei. Es sei eine Verleumdung, wenn man die Kommunisten als die Zerstörer der Wirtschaft hinstelle. Alles Uneinigende müsse zurückgestellt werden. Das Ziel sei Sowjet-Rußland.

Darauf sprach ein christlicher Revolutionär, der die Ideen Dr. Strünkmanns verkündete. Seine Ausführungen fanden keine Beachtung, sie gingen in Rede und Gegenrede verloren. Herr Hartig wandte sich gegen Leutner und verurteilte die wilden Streiks und die Streikhetze der Kommunisten. Herr Strelinski machte Herrn Leutner auf seine Kamener Genossen aufmerksam, die sehr wenig von Kommunismus und Idealismus zeigten und mehr Schaufenster-Kommunismus und Solidaritätsbruch übten. Dieser Redner, sowie der Referent Barth, der das Schlußwort sprach, fanden reiche Zustimmung aus der Versammlung. Barth betonte, daß Religion Privatsache und aus politischen Versammlungen herauszulassen sei. Geschmacklos sei, daß Leutner den Tod seines Kindes politisch ausschlachte. Der Film, der bei Ebert gezeigt wurde, solle ins gesamte Ausland gehen und dort das Elend unserer Kinder zeigen. Leutner habe Rußland als das reichste Land hingestellt, er sei in Rußland gewesen und habe dort die größte Armut gesehen. Rußland sei heute das ärmste Land.

Die Versammlung zog sich bis über Mitternacht hin.

Kamen, 15. Febr. **Die Deutsche Volkspartei** hatte am Samstag abend im Bergheimschen Saale eine Mitgliederversammlung veranstaltet, in der für den verhinderten Herrn Handwerkskammersyndikus Dr. Grundmann Herr Dr. Jung aus Dortmund sprach. Leider konnte Herr Dr. Jung das angekündigte Thema „Handwerker- und Mittelstandsfragen" nicht behandeln, weil er mit dieser Materie zu wenig bekannt war. Er entschädigte aber dafür die Anwesenden durch einen hochinteressanten Vortrag über „Demokratie und Sozialismus". Der Redner führte aus, daß es nicht darauf ankomme, den einzelnen Ständen und Berufen viel zu versprechen, sondern für das ganze Vaterland zu sorgen. Das Allgemeinwohl, der vaterländische Gedanke müsse über die Standesinteressen gestellt werden. Wir müssen wieder ein sittliches, geistiges und wirtschaftliches Rüstzeug haben, um Deutschland aus seinem Tiefstand hinaufzuführen. Redner behandelte dann des längeren die Frage: Was ist es, das uns Deutschen trennt und zerreißt, die doch eigentlich in Not und Gefahr zusammenstehen sollten? Die Rechtsparteien hätten das Erbe Bismarcks begriffen. Erst müsse wieder eine feste Geschlossenheit nach außen vorhanden sein, dann erst komme der Kampf um die inneren Interessen in Frage. Ueber dem Wirtschaftskampf dürfe das Vaterland nicht vergessen werden. Weiter berührte der Redner unsern Zusammenbruch im Jahre 1918 und betonte, daß, wenn wir nur noch einige Wochen zusammengehalten hätten, es niemand gewagt haben würde, uns einen solchen Frieden auszulegen. In allen gegnerischen Versammlungen würde jetzt wieder die Schuld Deutschlands am Weltkriege erneut aufgerollt. Die Absicht sei klar. Die Massen begreifen allmählich den ungeheuren Betrug der Internationale. Man begreift jetzt fast überall, daß alles Sozialisieren keinen Zweck mehr hat, wenn der Feind schon fast alles wegsozialisiert hat. Wie konnte im deutschen Volke eine solche internationale Gesinnung aufkommen? Die Ursache alles Elends liegt doch lediglich in Versailles. Es kommt die Zeit in Deutschland, wo man frägt nicht nach der Schuld am Kriege, sondern nach der Schuld am Frieden. Es wird die Stunde kommen, wo man in Deutschland frägt, welche Hand hat diesen Friedensvertrag unterschrieben. Wie konnte es entstehen, daß zahllose Deutsche in ihrem Wesen undeutsch waren. Die drei schwarzen Jahre in der deutschen Geschichte sind hervorgerufen durch deutsche Uneinigkeit. Heute schämt sich jeder, der Vater der deutschen Revolution zu sein. Das Vertrauen auf die Internationale hat dem deutschen Volke diesen Frieden gekostet. Der deutsche Geist wurde auf den Schlachtfeldern des Westens besiegt, nicht das deutsche Bajonett; dieses ist unbesiegt geblieben. Man glaubte dem Märchen der Freiheit der Republiken und verurteilte den deutschen Obrigkeitsstaat. Redner beleuchtete dann eingehend die Demokratie der westlichen Länder und zeichnete das wahre Wesen des Sozialismus und Materialismus. Hinüberleitend auf die bevorstehenden Landtagswahlen bezeichnet Redner das frühere Preußen als einen Staat der Ordnung, der Arbeitsamkeit und Pflichttreue. Ein solches Volk sei auf dem internationalen Markte nicht zu gebrauchen gewesen. Nicht um den deutschen Konkurrenten aus dem Felde zu schlagen, sondern um den deutschen Geist zu töten, den man in aller Welt bewundert, hätten unsere Feinde den Weltkrieg heraufbeschworen. Die Mittelstandspolitik müsse wieder stärker hervortreten, denn der Mittelstand sei der Träger der kulturellen Kräfte überhaupt. Alle Stände, vom Beamten bis zum Arbeiter, müssen wieder von einem starken Verantwortlichkeitsgefühl durchdrungen sein. Die Deutsche Volkspartei beabsichtigt, den Arbeiter zu verbürgerlichen, er muß mit verantwortlich gemacht werden an den Betrieben und sich der Konjunktur anpassen. Dann ist das Problem der deutschen Politik gelöst. Das demagogische Prinzip, das heute in Deutschland herrscht, müsse geändert werden, das System des Dilettantismus müsse aufhören. Wir brauchen Persönlichkeiten, die den Mut haben, dieser Demagogie entgegenzutreten. In erster Linie müsse der Ausbau des Reichswirtschaftsparlaments gefördert werden. Es muß der Geist regieren, nicht die Materie. Mit dem Mahnwort „Rettet Preußen, dann halten wir das Reich", schloß Redner seinen interessanten Vortrag. Der Vorsitzende, Herr Lehrer Altena, sprach Herrn Dr. Jung den Dank der Versammlung für seine trefflichen Ausführungen aus und appellierte mit warmen Worten an die Anwesenden, bei den am kommenden Sonntag stattfindenden Wahlen auf dem Posten zu sein, denn jetzt gehe es ums Ganze.

⊙ **Kamen**, 15. Febr. **Die Deutsche demokratische Partei** hatte zu einer öffentlichen Versammlung am Sonntag abend in den Biermannschen Saal eingeladen und hierfür als Redner den Reichstagsabgeordneten Sidkovich angekündigt. Wie bei den Samstag-Versammlungen der Sozialdemokraten und der Deutschen Volkspartei blieb auch hier der vorgesehene Redner aus. Der Biermannsche Saal war gut besetzt. Herr Meckies, der Versammlungsleiter, machte nach kurzer Begrüßung darauf aufmerksam, daß Herr Sivkovich nicht erscheinen könnte, da er nicht im hiesigen Bezirk sei. An seiner Stelle habe nun die geachtete und verehrte Frl. Martha Dönhoff das Referat übernommen. Frl. Dönhoff habe vieles geleistet, besonders in der Frauenbewegung, sie stehe an zweiter Stelle auf der Reichsliste und an dritter Stelle auf der Landtagsliste. Dann ergriff Frl. Dönhoff aus Krengeldanz das Wort. Sehr gern sei sie nach Kamen gekommen. Bei einer Reise im vorigen Herbst durch Mecklenburg waren schon die Schwierigkeiten zu erkennen, die der mecklenburgische Landtag zu überwinden haben würde. Nach den Rechtsparteien die Sozialdemokraten als Führer der Regierungsgeschäfte, und jetzt Neuwahlen. Tun Sie alles, daß wir nicht in solche schwierige Lage kommen wie die Mecklenburger, daß nicht eine Rechtsregierung ans Ruder kommt, die sich nicht auf die nötige Mehrheit stützen kann. Wir haben die Hoffnung nicht fallen gelassen, daß die Mehrheitssozialdemokraten in Preußen mit zur Regierung herangezogen werden, und daß sich eine solche von der Deutschen Volkspartei bis zur Sozialdemokratie bildet. Das müsse nachhaltig und gut auch auf das Reich wirken. Die letzten Sitzungen des preußischen Landtages wären wenig erfreulicher Art gewesen. Die Koalitionspolitik habe sich im großen und ganzen bewährt. Sie habe natürlich Nachteile, man müsse dabei Selbstverleugnung üben, aber dieses bedeute doch nicht Aufgabe der Grundsätze. Man habe der Demokratischen Partei vorgeworfen, daß sie im Beiwagen der Sozialdemokratie sitze. Wie alle Parteien, habe auch die Sozialdemokratie sich der Koalitionspolitik anschließen müssen. Die Verfassung sei ganz demokratisch, aber ganz wenig sozialdemokratisch. Die Schaffung des Staatsrates sei ein Verdienst der Demokraten, laufe jedoch den sozialdemokratischen Prinzipien zuwider. Wir hielten jedoch den Staatsrat für notwendig, um bei der vorherrschenden Bewilligungsfreudigkeit eine Kontrollinstanz für Forderungen der Deckungsmöglichkeit zu haben. Denn aller Sorge müsse sein, den preußischen Etat wieder in Ordnung zu bringen. Der neue Landtag habe wichtige Aufgaben zu erfüllen, z. B. die Demokratisierung der Verwaltung durchzuführen. Hier flocht die Rednerin ein, daß die führenden demokratischen Kreise davon überzeugt seien, daß die Arbeiten in den Wahlkreisen viel intensiver gestaltet werden müßten. Die Rednerin und der Spitzenkandidat Höpker-Aschoff wollten alle Kraft dafür einsetzen, um ein reges Vereins- und Parteileben zu schaffen in unserem Wahlkreise. Die Vertreter der Wahlkreise müßten in enger Fühlung bleiben mit den Wählern. Demokratische Politik sei eine undankbare Politik. Immer müsse man darauf hinweisen, wie es war damals nach der Reichstagswahl. Wo ist die Erfüllung der Versprechungen geblieben? Man wolle anerkennen, daß es in den letzten 8 Monaten besser wurde. Aber für diese Besserung habe doch die National-Versammlung die Wege geebnet. Anerkannt müsse auch werden, daß man mit der Deutschen Volkspartei in vielen Fragen gut arbeiten könne, aber das heiße doch nicht, mit derselben die Ehe eingehen. Diesem Verschmelzungsgerede habe der demokratische Nürnberger Parteitag für immer den Boden entzogen. Die Zeit des Zusammenschlusses sei nie ungünstiger als heute, das Ergebnis würde sein, daß viele Volksparteiler nach rechts und viele Demokraten nach links abwandern würden. Man wolle sich schon darüber freuen, daß man gut zusammenarbeiten könne. Der Niederschlag zeige sich auch bei den jetzigen Wahlen. „Rettet Preußen" sei die Wahlparole der Deutschen Volkspartei, man müsse nur fragen, vor wem? Die Demokratische Partei sei immer auf der mittleren Linie geblieben, das sei das einzig Richtige. Die Fahne der Monarchie würde heute viel geschwungen. Auch für den noch so monarchistisch Denkenden müsse es heute mehr geben als die Monarchie, das sei die Einigkeit des Deutschen Reiches. Die Monarchie würde die Einheit des Deutschen Reiches gefährden. Einstweilen gebe es für jeden echten Patrioten kein anderes, als den Gedanken, die Monarchie fallen zu lassen. Der Demokratischen Partei würde vorgeworfen, daß sie Mangel an vaterländischer Gesinnung zeige, sie sei international. Man könne doch an internationalen Zielen glauben und doch streng national denken und damit kam die Rednerin auf den Völkerbund zu sprechen, von dem sie sich zeitweilig wenig versprach, nach einer Unterredung mit dem Grafen Bernstorff müsse sie sagen: Der Völkerbund ist das einzige, was uns retten kann. Feststehe, daß Frankreich sich durch seinen Imperialismus und seine Rüstungen immer mehr Feindschaft auch bei den ehemals Verbündeten zuziehe. Allzuscharf mache schartig, dieses sei auch für das Pariser Diktat maßgebend. Man solle wenigstens den Versuch machen, einen friedlichen Ausgleich der Interessen herbeizuführen. Und das sei nur durch den Völkerbund erreichbar. Je mehr die breiten Massen demokratisch denken, desto mehr schwinde die Kriegsmöglichkeit. Frl. Dönhoff wandte sich dann an die Frauen, die eng verknüpft seien mit der großen Politik. Man müsse sich vorstellen, was das Pariser Diktat bedeute: eine Last für jeden Kopf der deutschen Bevölkerung von 1400 Mark jährlich. Wenn man sich die Folgen klar mache, dann fände man auch den Mut zum Widerspruch. Für die Annahme des Pariser Diktats gebe es nur ein Nein, und hinter diesem Nein müsse das ganze Volk stehen. Einigkeit müsse sein, damit unsere Vertreter in London Rückendeckung im Volke haben. Warum ging der Krieg verloren? Weil die Einigkeit fehlte und wen einzelne Schichten des Volkes zu stark belastet wurden. Was unser Volk zu tragen hat, kann es nur in dem Gefühl der Einigkeit. Die Demokraten wollten das gegenseitige Vertrauen stärken, und das Volk dadurch leistungsfähiger und tragfähiger machen und das Zusammengehörigkeitsgefühl stärken. Und damit ist dem Vaterland am besten gedient. Starker Beifall lohnte die Rednerin. Nach kurzer Pause ergriff Herr Bürgermeister Dr. Wresney das Wort, um sich mit der Sozialdemokratie, der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen zu befassen. Die demokratische Partei sei eine Mittelpartei, sie habe vor den Wahlen nicht die Versprechungen gemacht, die jede andere Partei meistens machte und nach denen das Vaterland gerettet war, wenn die betr. Partei ans Ruder kam. Vieles hätten die Demokraten mit anderen Parteien gemeinsam. Dieses würde leider zu wenig betont, immer betone man die Gegensätze. Die Sozialdemokraten seien gleichfalls Demokraten, die durchaus ehrlich, mit Energie und mit großem taktischen Geschick die demokratischen Prinzipien vertreten. Vieles habe man mit den Sozialdemokraten gemeinsam, viele demokratische Vorlagen in den Stadtverordneten-Versammlungen, Kreistag usw. seien nur mit Hilfe der Sozialdemokraten durchgebracht worden. Dieses letztere gelte auch für die Deutsche Volkspartei. Vom sozialdemokratischen Erfurter Programm ist vieles erreicht, (z. B. freies Wahlrecht) das müsse mit Freude festgestellt werden. Aber es gebe im Erfurter Programm vieles, was nicht zweckmäßig und untunlich sei. Und damit kam Redner auf die Sozialisierungsfrage zu sprechen. Daß im Bergbau etwas geschehen müsse, sei klar. Wie bisher könne es nicht weiter gehen. Wie die Sozialisierung aber gemacht werden solle, das könne auch der Vater des Gedankens, die Sozialdemokratie, nicht sagen. Heute spreche man viel von der Sozialisierung und Kommunalisierung des Handwerks, welche Sache der Gemeinden sein solle. Man überlege sich die Folgen, wenn eine Stadt die Schlächtereien und Bäckereien kommunalisiere und die Nachbarstadt nicht. Ein Einheitsbrot oder eine Einheitswurst würde es geben und davon haben wir genug während der Kriegszeit gehabt. Die Kommunalisierung würde eine Zerstörung des Handwerks bedeuten. Wir machen hier nicht mit. Wir Demokraten wollen die Kräfte wecken, die im Handwerk schlummern und jede Zentralisation ist eine Schwächung des Handwerks. Er könne sich aus voller Ueberzeugung nur als Gegner der Sozialisierung bekennen, weil dadurch eine bessere Befriedigung des Publikums nicht herbeigeführt würde. Die Demokraten wollen bessere Durchbildung des Handwerks, bessere Kreditgewährung an dasselbe usw. Auch die Interessen der Arbeiter verträten die Demokraten, aber zum Wohle des ganzen Volkes; sie könnten nicht zugeben, daß einzelne Schichten sich müßten auf Kosten des größten Teiles des Volkes. Die links von der Sozialdemokratie stehenden Parteien lehnen die Demokratie ganz ab. Redner befaßte sich dann mit den Deutschnationalen und zerpflückte deren Programm. Die Deutschnationalen wollten den alten Obrigkeitsstaat, die Monarchie, und riefen nach dem starken Mann. Ein Volk von der Bildung wie das Deutsche, lasse sich nicht mehr im Kasernenton regieren. Wir wurden regiert früher von Junkern und Adeligen. Sei es nicht ein Unglück, daß Kräfte, die in den Nichtadeligen ruhen, nicht verwendet wurden? Wie habe sich denn die Politik der Adeligen bewährt? Seiner Ansicht nach sei der Krieg schon verloren gewesen, ehe er begonnen wurde. Die Deutschnationalen hätten die Zeit nicht verstanden, sonst wären sie für die Abschaffung des Dreiklassen-Wahlrechts gewesen. Auch für die Monarchie treten die Konservativen nur bedingt ein, denn bei ihnen galt das Wort: Und der König absolut, wenn er unsern Willen tut. Und was solle der starke Mann? Dieser habe doch keinen Rückhalt, die Folge sei der Bürgerkrieg. Die Deutsche Volkspartei habe vor den Reichstagswahlen laut verkündet: Von roher Fesseln macht euch frei, Allem die deutsche Volkspartei. Sofort nach den Wahlen sei der deutsche Volksparteiler Heinze zu den Sozialdemokraten gegangen und habe dieselben aufgefordert zum Eintritt in die Regierung. Einen größeren Umfall könne man sich doch nicht denken. Auch von den Fachmännern höre man heute nichts mehr. Das Wort habe immer noch Geltung und besonders bei Wahlen: Wer viel verspricht, wird wenig halten. Die Demokraten hätten derartige Versprechungen nicht gemacht. Die Sozialisierung von links sei nicht so schlimm, wie die von rechts. Die Vertrustung aller Mittel nach Stinnes'schem Rezept sei der Tod des deutschen Unternehmertums. Warum gehe die Deutsche Volkspartei nicht gegen die Rechtssozialisierung los? Die Demokraten hätten veranlaßt, daß anstelle der vorgesehenen 10 Handwerker 36 in den Reichswirtschaftsrat kommen. Die Deutsche Volkspartei sage: „Preußen in Not", dem gegenüber sagen wir „Deutschland in Not", denn Deutschland gehe über alles. Wir müssen lernen, unser Vaterland immer mehr zu lieben, dann würde es auch wieder zur Geltung kommen. Herr Crüsemann-Bönen forderte dann die Frauen zur Pflichterfüllung auf, sie möchten in allen Kreisen wirken für die Demokratische Partei. Herr Meckies betonte, das einzige, was not tue, sei die Einigkeit. Jeder müsse sich nun dem Versailler Frieden auseinandersetzen. Und diese Auseinandersetzung müsse ein einigendes Band um alle Deutschen schließen. Auf dem Boden der demokratischen Republik könne man sich einigen und besondere Wünsche zurückstellen. Alle Parteien, die heute die Leidenschaften schüren, zerbrechen dem Volk das Rückgrat und liefern dem Feinde von gestern Wasser auf die Mühlen. Die Demokratie sei die Brücke zwischen der Arbeiterschaft mit Staatsgedanken und der Bürgerschaft mit sozialem Empfinden. Nur im Zeichen der Demokratie wird Deutschland leben und genesen. Herr Mor. gab seiner Befriedigung über das Gehörte Ausdruck und unterstützt die Ausführungen der Redner. Damit fand die Versammlung ihr Ende.

* *

Kamen, 15. Febr. **(Verschiedenes.)** Wie aus dem Reichsarbeitsministerium mitgeteilt wird, wird dort zurzeit der Entwurf des Gesetzes über eine **vorläufige Arbeitslosenversicherung** vorbereitet. Bekanntlich hatte die Reichsregierung im vorigen Jahre dem Reichsrat den Entwurf eines Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung vorgelegt. Die ungünstige Entwicklung, die der Arbeitsmarkt seit dem Sommer vorigen Jahres genommen hat, hat dann aber Anlaß dazu gegeben, diesen Entwurf zunächst zurückzustellen, weil die streng versicherungsmäßigen Grundsätze, nach denen der Entwurf aufgestellt war, mit dem unberechenbaren Risiko der Arbeitslosigkeit und mit der Art ihrer örtlichen Verteilung bis auf weiteres nicht vereinbar erschienen. Der Reichsarbeitsminister hat sich dann von der Reichsregierung ermächtigen lassen, einen neuen Entwurf auszuarbeiten, der den ganz ungewissen Bedingungen der Uebergangszeit gemäß nur eine vorläufige Regelung bringen soll. Der Entwurf wird von den Grundsätzen der Arbeitslosenversicherung alles das zu verwirklichen suchen, was sich mit diesen besonderen Bedingungen verträgt, und wird insbesondere die Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur tätigen Mitverantwortung heranzuziehen suchen. In seinem organisatorischen Aufbau wird er sich eng an den Entwurf des Arbeitsnachweisgesetzes anschließen. Es ist zu hoffen, daß der Entwurf schon im März d. J. mit den Reichsressorts, den Ländern und Interessenten erörtert werden kann.

(Volkshochschule.) Am Mittwoch abend 8 Uhr Fortsetzung des Vortrages „Altdeutsches", ein westfälischer Künstler des 16. Jahrhunderts". Im Lichtbild werden Werke aus der verschiedenen Schaffenszeit des Meisters geboten werden; dieser Vortrag wird hiermit ganz besonders empfohlen. Einzelkarten sind am Eingang zur Aula stets am Mittwoch abend von 7½ Uhr ab zu haben.

(Kandidaten der Demokraten.) Für den Landtag: 1. Langerichtsrat Dr. Höpker-Aschoff-Bochum; 2. Fabrikant G. Becker-Hagen; 3. Frau Martha Dönhoff-Witten; 4. Schuhmachermeister Dassau-Herdecke; 5. Geschäftsführer Dossokoz-Dortmund; 6. Regierungslandmesser Lenziger-Soest; 7. Frau Berta Clemen-Dortmund; 8. Lokomotivführer Schurmann-Altena.

(Abgabe der Einkommensteuererklärungen.) Wie mitgeteilt wird, ist die Frist zur Abgabe der Steuererklärungen nach dem Reichseinkommensteuergesetz vom 31. März 1920 (Reichs-Gesetzblatt Seite 359) auf die Zeit vom 1. bis 22. März 1921 festgesetzt worden. Allen Erklärungspflichtigen wird nach Möglichkeit ein Formular rechtzeitig zugesandt werden. Gleichzeitig werden auch Formulare für Lohnlisten übersandt werden.

(Neue Regelung der Arbeitszeit der Beamten.) Das Reichskabinett hat kürzlich für die Regelung der Arbeitszeit der Beamten neue Richtlinien aufgestellt. Jeder Beamte ist verpflichtet, seine volle Arbeitskraft in den Dienst des Reiches zu stellen und die ihm übertragenen Arbeiten ohne Rücksicht auf eine festgesetzte Dienststundenzahl zu erledigen. Die Dienstzeit beträgt wöchentlich mindestens 48 Stunden. Soweit der Dienst in bloßer Dienstbereitschaft besteht, ist die Zeit entsprechend zu erhöhen. Die Tagesdienstzeit ist grundsätzlich in Vor- und Nachmittagsdienst zu teilen; nur dort, wo aus örtlichen oder sachlichen Gründen eine solche Teilung unzweckmäßig erscheint, kann durchgehend gearbeitet werden. Die Tagesdienstzeit wird von jeder Behörde unter Anhörung der Beamtenvertretung festgesetzt, bei durchgehender Arbeit kann eine Frühstückspause bis zur Höchstdauer von einer halben Stunde gewährt werden. Für eine Ueberschreitung der 48stündigen Wochendienstzeit wird eine Vergütung nicht gewährt. Es wird angestrebt, die Tagesdienstzeit der an einem und demselben Ort befindlichen Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden gleichmäßig zu regeln. Alle bisher ergangenen Bestimmungen über die Arbeitszeit der Beamten, soweit sie mit obigen Richtlinien in Widerspruch stehen, sind aufgehoben.

Verhaftet wurde auf der Bahnhofstraße hier ein Dieb, der einem Postboten auf seinem Bestellgang in Beckinghausen sein Dienstrad, an dem sich eine Anzahl Pakete befanden, gestohlen hatte. Ein Polizeibeamter nahm in Beckinghausen den Fahrradmarder auf und stellte ihn in Kamen. Der Bursche wurde dem hiesigen Amtsgericht übergeben.

U.-T.-Lichtspiele Kamen.

Von Dienstag, den 15. bis Donnerstag, den 17. Febr.:

Weiße Liebe – roter Haß

Indianer-Cowboy-Drama in 6 Akten.

Wilde Reiterszenen und große, erbitterte Kämpfe zeigt uns dieser große Indianerfilm.

2.

Hella Moja

die gefeierte Schönheit in:

Mein Mann, der Nachtredakteur

Lustspiel in 4 Akten.

Hella Moja entfaltet in diesem Lustspiel ihren urwüchsigsten Humor und wahre Lachsalven durchdröhnten jedesmal das Haus, wo dieser Film gezeigt wurde. 765

— Anfang an Wochentagen 6 Uhr. —

Diese Woche **Sonder-Verkauf** Diese Woche

DAMEN-STRÜMPFE

Paar 8.90 9.50 10.75 15.50 | reine Wolle Paar 18.50

Hemden-Biber ungebleicht, Meter 12.—	**Normal-Hemden** solange Vorrat 27.50	**Gerstenkorn-Handtuch** solange Vorrat, Handtuch 8.-	**Graue Kinder-Jäckchen** gestrickt, so lange Vorrat, St. 4.50
Strickwolle 10 Bund 6.75, 12.—, 13.75	**Herren-Socken** Paar 8.95	**Hemdentuch** nur solange Vorrat Mtr. 9.80	**Herren-Unterhosen** Stück 17.75

Konfirmanden-Stoffe, schwarz u. weiß | Blusen- und Kostüm-Röcke usw.

748 **Kaufhaus LORIG, Kamen,** Weststrasse 26.

Kulturpolitik

Die Unterrichtsmittel werden immer teurer, das Schulgeld ist kaum noch erschwinglich. Wissenschaft und Fortschritt, Kunst und Technik sind gefährdet. Mit dem wirtschaftlichen Niedergang geht der geistige Hand in Hand. Was ist aus den Versprechungen der Novembermänner geworden? Wenn es so weitergeht, können nur noch **Schieber** und **Wucherer** ihren Kindern eine höhere Schulbildung zuteil werden lassen. Die von der preußischen Regierung betriebene Parteipolitik ist keine Kulturpolitik. Soll die deutsche Kultur noch gerettet werden, dann muß der 20. Februar der sozialistischen Mißwirtschaft in Preußen ein Ende machen und eine Politik der Sachlichkeit und des Schutzes geistiger Arbeit einleiten. 755

Deutsche Volkspartei!



empfehlen: 763

Ia. süßes Rübenkraut	Pfund	2.90
Ia. helles Backöl	Liter	15.00
Ia. Pflanzenbutter	Pfund	10.75
Ia. fetten Speck	Pfund	13.75
Ia. Riesenerbsen	Pfund	2.50
Ia. Vollreis	Pfund	3.50
Ia. Santos-Kaffee	Pfund	23.50
Ia. Santos-Rohkaffee	Pfund	21.50
Ia. gezuckerte kondens. Milch	Dose	9.80
Ia. große Vollheringe	Stück	0.95

Gebr. Sirringhaus

Weststr. 4, Fernr. 393, Hammerstr. 194.



Empfehle täglich prima dickes, fettes

Fleisch und Wurst.

Heinr. Weber

765 Rottstraße 1.



Habe heute einen Transport große und kleine

Schweine

erhalten.

Verkaufe dieselben an meinem Hause zu billigen Preisen. 751

Otto Vonhoff,

Kamen,

Unnaerstr. 158. Telef. 283.

Evangelischer **Arbeiter-Verein** Kamen.

Zur Beerdigung des Mitgliedes

G. Hirse

versammeln sich die Mitglieder am Mittwoch nachm. 1/4 4 Uhr im Vereinslokal. 758

Der Vorstand.

Garde-Verein Kamen.

Zu der am Mittwoch, den 16. ds. Mts. stattfindenden Beerdigung unseres 1. Vorsitzenden

Steiger **Gustav Hirse**

werden die Kameraden gebeten, recht zahlreich zu erscheinen. Antreten um 3 1/2 Uhr im Vereinslokal.

Der Vorstand.

Reparaturbedürftige **Flügel, Pianinos und Harmoniums**

jeden Alters werden in unseren Werkstätten innerlich und äußerlich wieder so hergestellt, daß sie jahrzentelg. d. höchsten Ansprüchen ihres Besitzers genüg.

Carl Ebel & Sohn,

Unna, Pianofortefabrik mit elektr. Antrieb.

Für unsere Arbeiten leisten wir volle Gewähr.

Tanzschule Kamen. 861

Ein neuer Kursus beginnt am Mittwoch, den 16. Februar, abends 8 Uhr im Saale des Herrn L. Rieder am Markt.

H. Ludmann, W. Maiwald.

Kleie-Ausgabe!

Für die Mitglieder des **Ziegenzuchtvereins, Kamen,** wird am **Donnerstag, den 17. Februar, von morgens 9 Uhr ab,** bei Faber, Jahnstraße, Bockstation, 753

Kleie

ausgegeben. Die bis zum 18. Februar, mittags, nicht abgeholte Kleie wird sofort anderweitig verkauft. Preis á Pfund 0.40 Mark.

Der Vorstand.

Kartoffeln, rote Möhren, Stroh

hat abzugeben 768

W. Neff,

Bahnhofstr. 23, Tel. 122.

Pferde- u. Schweinehalter

Dienstag erwarte ich einen Waggon rote

Wurzeln.

Durch günstigen Einkauf bin ich in der Lage, diese billig abgeben zu können.

Engelbert Goselwitz (Friedr. Mort Nachf.) Ostfstr. 27. Telephon 149.

Ia. Bückinge

Pfund 4.50

ferner empfehle ich

Ia. Apfelsinen

in großer Auswahl

W. Neff,

Bahnhofstr. 23,

767 Telephon 122.

Grüne Heringe

empfiehlt billig

Josef Kefenbaum,

Nordstraße. 769

Tücht. Erstmädchen

nach Hagen für besseres Restaurant gesucht. Hoher Lohn und gute Behandlung zugesichert. 752

F. Harlinghausen, Kamen, Kämerstr. 25. 752

Suche zum 1. März ordentliches zuverlässiges

Mädchen

für kleinen Haushalt.

Zu erfr. in der Geschst. der Kam. Ztg. 734

Sonntag nachmittag **schwarze Henne abhanden gekommen.**

Wiederbringer erhält Belohnung. Lazar, 772 Nordstr. 21.

Versteigerung.

Am Donnerstag, den 17. Februar 1921, vorm. 9 1/2 Uhr anfangend, werde ich im Auktionslokale Rieder, Markt, folgende Sachen versteigern:

Küchenschrank, Herd mit Rohr, Bettstelle mit Matratze, 2 Kissen, Kommode, Waschtisch, kl. Tisch, 2 Stühle, Serviertisch, Bücherreal, Wassermotor für Waschmaschine, Staffelei, Säule, Bauerntisch, Topfbank, Eckschrank, Klavierbank, Uhr, Bügeleisen mit Bolzen, Blumenkübel und Vasen, Flaschenuntersatz, Weinkaraffe mit 5 Gläsern, 2 Zierteller mit Drahtgestell, 6 Porzellan-Frühstücksplatten, 1 Satz Töpfe, rote Plüschdecke, Wandschoner, 2 Läufer, Bodenmantel, div. Anzüge, Filz- u. Panamahüte sowie mehrere andere Sachen.

J. Ebbers, beeid. Auktionator, Kamen, Bahnhofstr. 47. — Fernruf 32.

Neu erschienen!

Telefon-Verzeichnisse

nach amtlichen Unterlagen, enthaltend, die Namen aller beim Postamt Kamen angeschlossenen Telefoninhaber.

Unentbehrlich für jeden Telefonanschluß.

Preis je Stück 3.00 Mark.

Erhältlich in der

Buchhandlung der Kamener Zeitung.

Zum 1. März fleißiges **Mädchen** für alle Hausarbeiten gesucht. Stütze und Waschfrau vorhanden.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle. 750

Frau oder Mädchen

für 2 Tage in der Woche bei guter Bezahlung gesucht.

Bergkamen, Zeppelinstr. 218.

Ein Sohn ordentlicher Eltern, der Lust hat, die Wagenlackiererei gründlich zu erlernen, findet gute

Lehrstelle 760

W. Kemmer, Wagenlackiererei und Farbenhandlung.

Suche für sofort ein

Mädchen

für alle Hausarbeiten.

Weststr. 1, 1. Etg.

Wieder eingetroffen:

Ia. Käse halbfett	Pfd.	13.50
Ia. Käse vollfett	Pfd.	20.00
Ia. Edamer Käse	Pfd.	24.00
Ia. Speck fett und mager	Pfd.	14.75
Feinstes Schmalz	Pfd.	13.50
Ia. helles Rüböl	Ltr.	15.00
Ia. süße Pflaumen	Pfd.	4.95
Ia. weiße Bohnen	Pfd.	1.35
Ia. Bruchreis	Pfd.	2.40
Ia. Roheßbückinge	Pfd.	4.50
Feinste Blutapfelsinen	St.	1.10
Ia. Citronen 757	St.	0.45

Gebrüder Wolff.

Frühe Saatkartoffeln

(Paulsens Juli)

empfiehlt 764

Friedrich Pfingsten,

Westick bei Kurl.

Moderne Drucksachen

sind heutzutage für den Geschäftsmann ein dringendes Erfordernis. Unsere Druckerei, ausgestattet mit modernem Material und besten Maschinen, ist in der Lage, jede Drucksache für den Geschäfts- und Privatbedarf in kürzester Zeit liefern zu können. Mit Entwürfen u. Kosten-Anschlägen stehen wir zu Diensten.

Kamener Zeitung

Geschäftsst. Weststr. 10. Kamen Druckerei Unnaerstr. 168.

Westfalen und Rheinland.

(g) **Hoetten**, 14. Febr. **(Ueberfall.)** Vor einigen Tagen wurden abends gegen ½5 Uhr zwei Mädchen im Alter von 14—15 Jahren auf der Straße Hamm—Münster in der Nähe des Harlinghauser Knapps von einem bisher noch nicht ermittelten Mann angehalten und unter Bedrohung mit vorgehaltenem Revolver gezwungen, mitzugehen. An einer einsamen Stelle vergewaltigte der Unhold die beiden Mädchen und entfernte sich dann. Es handelte sich um einen Menschen im Alter von 22—24 Jahren.

(g) **Soest**, 14. Febr. **Der Polizeigefangene K. verschluckte** in der Absicht, sich Gelegenheit zur Flucht zu verschaffen, eine Sicherheitsnadel. Er wurde dem Krankenhause zugeführt. Recht üble Folgen hatte das zu gleichem Zweck veranstaltete Vornehmen eines in Zwischenhaft befindlichen Gefangenen, der einen Eßlöffel verschluckt hatte. An den Folgen der Operation ist er im städtischen Krankenhause gestorben.

** **Dortmund**, 14. Febr. **(Der Millionen-Betrug an der Union.)** Der Kaufmann vom Kothen, von dessen Festnahme in der Angelegenheit der Betrügereien vom Eisenwerk Union gegenüber man anscheinend Abstand genommen hatte, ist nunmehr auch festgenommen worden. Im ganzen sind bisher neun Personen in der Betrugssache van den Oord verhaftet. Bisher sind 3½ Millionen Mark in Geldern oder sonstigen Werten wieder herbeigeschafft. Es steht bisher fest, daß die Union mindestens um mehr als 5½ Millionen Mark betrogen worden ist. Van den Oord hatte, nachdem die Union die Geschäftsverbindung mit ihm wegen eines Betrugsfalles gelöst hatte, vier fingierte Firmen mit folgender Bezeichnung gegründet: Essener Industriebedarf, Essen, Westdeutsche Eisengroßhandlung, Bochum, Hagener Eisenindustrie, Hagen, Bochumer Salzgroßhandlung, Bochum. Unter diesen Firmenbezeichnungen schrieb er der Union Rechnungen aus für Waren, die in Wirklichkeit nicht geliefert sind. Die Rechnungsbeträge ließ er sich auf verschiedene Banken überweisen. Mithelfer waren der frühere Unionangestellte Neumann und andere Bürobeamte, die mit gefälschten Stempeln Lieferungsbescheinigungen und dergleichen ausstellten.

Hörde, 15. Februar. **Ein gemeingefährliches Kleeblatt** wurde dieser Tage durch die hiesige Kriminalpolizei festgenommen und dem Hörder Amtsgericht zugeführt. Es handelt sich um die Arbeiter H., L. und J. Diese suchten gemeinschaftlich größere Bahnhöfe, wie Dortmund, Gelsenkirchen, Duisburg, Essen und Bochum auf und versuchten dort in den Wartesälen mit alleinreisenden Mädchen, die Stellung suchten, Fühlung zu bekommen. Sie boten sich ihren Opfern meistens unter allerlei Versprechungen als treue Begleiter und Vermittler an. U. a. fiel am 9. d. Mts. diesen Gaunern ein Mädchen aus Mülheim-Ruhr im Wartesaal 3./4. Klasse in Dortmund zum Opfer. Dem Mädchen wurde sofort eine gute Stellung in Hörde in Aussicht gestellt und die Reise nach Hörde angetreten. Dort wurde in einer Wirtschaft Halt gemacht. Während nun einer der Gauner mit dem Mädchen angeblich zur neuen Herrschaft gehen wollte, blieb der Anhang zurück, um treue Hüter des Gepäcks des Mädchens zu sein. Der treue Stellenvermittler entfernte sich unterwegs unter irgend einem Vorwande von seinem Opfer und verschwand. Das Mädchen wurde nunmehr mißtrauisch und ging zur Wirtschaft zurück, wo es sich herausstellte, daß auch der treue Hüter des Gepäcks verschwunden war, mit ihm sämtliche Bekleidungsstücke des Mädchens im Werte von 7000 Mark. Die weiteren Opfer, deren Namen zurzeit noch unbekannt sind, wollen sich bei der Hörder Kriminal-Polizei schriftlich oder mündlich melden.

Hagen, 14. Febr. **Das 50jährige Pfarrjubiläum** feierte am 9. Februar Superintendent zur Nieden zu Hagen, der sich in seinem 78. Lebensjahr noch jugendlicher geistiger und körperlicher Frische erfreut. Seine 50jährige Amtstätigkeit, die er nur in Hagen verbracht hat, ist aufs engste mit der Entwicklung der Stadt Hagen verbunden. Er hat auf viele städtische Angelegenheiten im letzten halben Jahrhundert entscheidenden Einfluß gehabt. Daher war auch die Teilnahme der Stadt ganz besonders lebhaft. Eine Zur-Nieden-Stiftung, die noch nicht abgeschlossen ist, hat die Höhe von 30 000 Mark überschritten. Auf einer Festsitzung der Repräsentanten sprachen Vertreter der Regierung, der Stadt, der Schulbehörde und der Synode ihre Glückwünsche aus. Besondere Verdienste hat der Jubilar um die Heimatgeschichte. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, daß der Jubilar mit seiner reichen Ortskenntnis und seinem großen Erinnerungsschatz noch eine Chronik der Stadt Hagen, nicht nur eine Ortsgeschichte, sondern auch eine Familiengeschichte abfassen möchte.

(h) **Herne**, 12. Febr. **(Einbrecher erschossen.)** In der Nacht zum 9. Februar wurde in dem Geschäft der Frau Hüttker, Goethestraße 26, ein Einbruch verübt. Die beiden Einbrecher zertrümmerten eine Fensterscheibe und entwendeten aus der Auslage acht Tafeln Schokolade. Hierbei wurden die Täter von einem Beamten der Herner Schutzpolizei überrascht. Einer von ihnen, der Schlepper Otto Kamin, Wischerstraße 15, flüchtete. Der andere, der Arbeiter Karl Cyon, Kanalstraße 4, ging tätlich gegen den Beamten vor, indem er ihn am Halse würgte und gegen die Wand drückte. Als es dem Beamten gelang, sich frei zu machen, wollte auch Cyon flüchten. Da er auf mehrfachen Anruf nicht stehen blieb, machte der Beamte, laut „Herner Ztg.", von seiner Waffe Gebrauch und sandte dem Flüchtling eine Kugel nach. In die Herzgegend getroffen, brach Cyon zusammen und verschied kurz darauf.

(g) **Datteln**, 14. Februar. **Ein gemeiner Streich** wurde vor einigen Nächten dadurch verübt, daß an sämtlichen Türen der hiesigen Pfarrkirche die Schlüssellöcher durch Holzstücke verkeilt wurden, sodaß die Feier des 40stündigen Gebetes am anderen Morgen erst mit großer Verzögerung beginnen konnte. Der Küster verschaffte sich schließlich durch eine Sakristeitür Eingang und konnte nun die Holzstücke von innen herausziehen.

Lippstadt, 14. Febr. **(Billige Eier.)** Der Preissturz in Eiern macht sich auch hier bemerkbar. Vor etwa 10 Tagen wurden dem Erzeuger noch durchschnittlich 2 Mark pro Ei gezahlt, während man heute für 1 Mark das Stück jede Menge kaufen kann.

(d) **Bielefeld**, 14. Febr. **(Selbstmord eines Fabrikanten.)** Hier erschoß sich in einer Laube im Garten der Trocknungswerke Oetker u. Co. G. m. b. H., der Teilhaber dieser Firma, Fritz Behringer, alleiniger Inhaber der am 1. Januar gegründeten Firma Behringer, G. m. b. H., die ein neues Kindermehl unter dem Namen „Mundin" herstellt. Herr Behringer stiftete bekanntlich im vorigen Jahre 500 000 Mk. an die Heidelberger Universität und wurde deren erster Ehrenbürger. Behringer war vom Jahre 1908—1918 Prokurist der Firma Dr. A. Oetker und wurde kurz vor dem Tode des Kommerzienrats Dr. Oetker von diesem zum Teilhaber gemacht, damit die Nährmittelfabrik Dr. Oetker im bisherigen Geiste weitergeführt wurde. An Stelle von Behringer hat nunmehr der Bruder des verstorbenen Kommerzienrats, Herr Louis Oetker, von der Reese-Gesellschaft in Hameln, die Geschäftsleitung übernommen.

Die Mordtat am Essener Wasserturm vor dem Schwurgericht.

(W) **Essen**, 14. Febr. Die Sonnabend stattgefundene Verhandlung, die mit der Vernehmung des Angeklagten Bachmann begann, gewann insofern große Bedeutung, als bei dieser Gelegenheit die Rolle des sattsam bekannten Kommunistenführers Eppstein, die dieser bei dem Wasserturmgemetzel gespielt hat, in Erinnerung gerufen wurde. Bachmann schildert nämlich den Marsch seiner Truppe bis zur Blumentalstraße, in der bekanntlich Eppsteins Behausung lag. Hier habe seine Truppe Aufstellung genommen und den Wasserturm mit Maschinengewehrfeuer belegt; es seien etwa 500 Schuß verfeuert worden. Bachmann streift zwar ganz nebenher, daß die Kinder Eppsteins sich in der Straße aufgehalten hätten, woraus vielleicht zu entnehmen ist, daß Eppstein durch seine Kinder die Verbindung mit den kämpfenden Rotgardisten aufrecht erhielt. Die Rolle, die Eppstein selbst in jenen blutigen Tagen der Märzunruhen gespielt hat, ist im allgemeinen bekannt; hier an gerichtlicher Stelle wird aber noch einmal das bestätigt, was man längst vermutete, nämlich: daß Eppstein der Haupträdelsführer der blutigen Vorgänge in Essen gewesen ist und daß er bei dem Gemetzel am Wasserturm sicherlich eine nicht unerhebliche Rolle gespielt hat.

Die Vernehmung von Bachmann u. Knocke.

Bachmann aus Hörde schildert im weiteren Verlauf der Verhandlung die Erstürmung des Wasserturms, an der er persönlich nicht teilgenommen haben will und weiter jene Vorgänge, die zu der brutalen Mißhandlung und Verwundung des Wasserturmverteidigers Stinnesbeck geführt haben. Stinnesbeck war bei dem Sturm gefangen genommen worden. Bachmann: Als ich auf die Gruppe zukam, in welcher Stinnesbeck sich befand, erhielt dieser plötzlich einen Schlag auf den Kopf, so daß er schwer verwundet wurde. (B. soll diesen Schlag getan haben und ist deshalb angeklagt; er bestreitet das aber.) Vorsitzender: Wenn nun Tombrock hier sagen wird, daß Sie den Schlag getan haben, was werden Sie dann sagen? Angeklagter: Dann sagt er die Unwahrheit. Ich habe den Schlag nicht getan. Es folgt sodann die Vernehmung des Angeklagten Knocke aus Hörde. Er schildert den Verlauf der Kämpfe am Wasserturm. Die entscheidenden Phasen dieser Kämpfe — den Kampf im Innern des Turmes und die Niedermetzelung der Verteidiger — will er nicht mit angesehen und auch nicht mitgemacht haben. Interessant und bezeichnend für die Tätigkeit Eppsteins während der blutigen Tage ist die Angabe, daß er mit Leuten seiner Abteilung am Tage des Sturmes bei den Kommunistenführern zu Mittag gegessen habe. Eine von dem Angeklagten früher gemachte Aussage, er habe auch einen Offizier erschossen, bestreitet er jetzt. Gegen den früheren Kommunistenführer Tombrock aus Hörde, der ebenfalls eine Abteilung kommandierte, erhebt er die Beschuldigung, daß er ein Spitzel der Polizei gewesen sei. Tombrock, der schon verschiedene Male im Gefängnis gewesen, aber auf rätselhafte Weise wieder freigekommen sei, sei auch jetzt wieder auf freiem Fuß und man habe guten Grund zu der Annahme, daß er von seinen Deckmännern versteckt gehalten oder ins Ausland geschafft worden sei. — Verteidiger Dr. Levy beantragt, Informationen bei der Kriminalpolizei in Hörde einzuziehen, ob Tombrock in deren Dienst gestanden hätte oder nicht. Dem Angeklagten Braunheim aus Hattingen wird zur Last gelegt, den Verteidigern des Wasserturms das Geld geraubt zu haben und mit blutigen Händen in der von ihm geführten Wirtschaft erschienen zu sein. Der Angeklagte kann aber nur wenig von den gegen ihn erhobenen Beschuldigungen entkräften. Der Angeklagte Schambach aus Steele widerruft erregt eine von ihm im Sommer vor dem Untersuchungsrichter zu Protokoll gebrachte und von ihm unterschriebene Erklärung, daß Schlüter seine Abteilung auf den Friedhof gebracht habe. Heute behauptet er, es sei Spieß gewesen. Er schildert, wie einer der Grünen am Boden gelegen habe und ein Rotgardist mit erhobenem Gewehr mit dem Rufe herankam: „Wo liegt noch einer?" Zu der Beschuldigung, daß ein junger Verteidiger vor ihm auf den Knien gelegen und um sein Leben gefleht habe, erklärt er, mit weinerlicher Stimme, daß er in solchen Sachen ein viel zu mitfühlendes Herz habe, um einer derartigen Bitte widerstehen zu können.

Der Angeklagte Wregers behauptet, immer die Verwundeten in Schutz genommen und auf diese Weise vor dem Erschlagen gerettet zu haben. Den Abschluß und den Höhepunkt der Vernehmungen bildet das Verhör des

Hauptangeklagten Schlüter.

Schlüter beginnt mit der Erklärung, daß er nur eine einzige Ansprache gehalten habe und diese erst nach dem Sturm auf den Wasserturm. Auf die Zwischenfrage des Vorsitzenden, ob er auch nicht den Ausspruch des Kaisers beim Auszug der Chinakämpfer an die Rotgardisten gebraucht habe, entgegnet er mit einem entschiedenen Nein, bemerkt aber, daß ihm als Politiker der Ausspruch bekannt sei und wiederholt ihn im Wortlaut. Schlüter greift auf die fünf Zeugenaussagen zurück, kraft deren seine Verhaftung erfolgte. Wirklich belastend, führt er aus, sei davon vielleicht nur eine einzige gewesen. Zum Schluß erklärt er, das vom Untersuchungsrichter seinerzeit abgefaßte Protokoll sei nicht ordnungsgemäß abgefaßt worden und ganz auf die Anhäufung der Schuldmomente abgestimmt gewesen.

Es beginnt dann die Zeugenvernehmung. Kurz zusammengefaßt erhält man daraus folgendes Bild: Die Besatzung des Wasserturms hing die weiße Flagge aus, als erkannt worden war, daß die weitere Verteidigung des Turmes nutzlos war. Die Verhandlungen, während deren das Feuer eingestellt worden war, begannen. Als das Tor geöffnet wurde, flüchtete Leutnant Potthoff über die Straße, ein zweiter Verteidiger, Assessor Forstmann, der die Sicherheitswehr befehligte, wurde auf der Treppe niedergeschlagen, dann aber auf einer Bahre nach dem Verbandsplatz geschafft. Den übrigen Verteidigern wurden zum allergrößten Teil beim Verlassen des Gebäudes von den Rotgardisten mit Gewehrkolben die Schädel eingeschlagen. Die Angreifer hatten sich in Gruppen auf den Treppen angesammelt und boten nach Angabe des Zeugen Major Meyer mit ihren gezogenen Messern den Eindruck einer wilden, zügellosen Masse, die alles kurz und klein zu schlagen beabsichtigte. Ein Ziegelmeister wurde von drei Angreifern umgebracht. Als Rechtsanwalt Obuch den gleichfalls anwesenden Führer der Sicherheitswehr, Assessor Forstmann, fragt, ob er mit seinen Leuten die Auffassung gehabt habe, eine militärische Organisation gewesen zu sein oder eine ausschließliche Polizeitruppe, erwidert er, daß er sich mit derartigen Sophistereien bei der Verteidigung des Wasserturmes nicht befaßt habe. Für ihn sei nur maßgebend gewesen, daß die Stadt gegen die vorgehenden Rotgardisten, die die bestehende Ordnung stürzen wollten, verteidigt werden müßte. Keiner von den Verteidigern habe auch nur im geringsten daran gedacht, für Kapp einzutreten. Rechtsanwalt Levy beantragte zum Schluß die Vorladung des Polizeipräsidenten und des Oberbürgermeisters Dr. Luther, um über die politisch-militärische Vorgeschichte der Ereignisse ein genaues Bild zu erhalten. Die Verhandlungen gehen am Montag weiter.

Der Australier.

Roman von Hedwig Courths-Mahler.

(Nachdruck verboten.)

51. Fortsetzung.

Es gab ein großes Staunen in der Gesellschaft, als in den nächsten Tagen die Verlobungsanzeigen von Komteß Dagmar Riedberg und Ralf Jansen verschickt wurden. Frau Ellen hatte selbst für eine sofortige Veröffentlichung gestimmt, ohne Rücksicht auf die Trauer.

Die Verlobung hatte viel Staub aufgewirbelt. Die meisten Herrschaften waren sehr zufrieden, daß sie nun den „Australier" persönlich kennen lernen würden, denn durch seine Verbindung mit der Komtesse Riedberg, die außerdem sehr beliebt war, trat er nun in nahe Beziehungen zu der Gesellschaft.

Einen Menschen gab es aber jedenfalls, der unangenehm durch diese Verlobung überrascht wurde, und dieser eine war Baron Heinz Korff. Er hatte, der Form halber, ebenfalls eine Verlobungsanzeige des jungen Paares erhalten und sah mit einem seltsamen Gefühl, aus Schmerz, Neid und Eifersucht gemischt, darauf nieder.

In dem Augenblick, da er erfuhr, daß Dagmar die Braut eines anderen war, loderte plötzlich die Leidenschaft für sie in seinem Herzen hoch empor.

„Wenn ich sein Geld gehabt hätte, niemand als Dagmar hätte meine Frau werden dürfen, denn ich liebe sie — trotzdem ich sie aufgegeben habe. Und sie kann ihre Liebe zu mir auch noch nicht aus ihrem Herzen getrissen haben, das ist ausgeschlossen. Sie hat die Bewerbung des „Australiers" nur angenommen, um versorgt zu sein", dachte er.

Nie war ihm seine Braut reizloser erschienen als in diesen Tagen. Wenn er sich bisher mit einigem Erfolg in eine gewisse äußerliche Verliebtheit für sie hineingesteigert hatte, so fiel dieses unwahre Gefühlchen jetzt in nichts zusammen, und der Rest war ein jämmerliches Empfinden, das kaum zuließ, sich den Schein eines glücklichen Bräutigams zu geben.

War bisher allem Dagmar der leidende Teil bei dem Bruch zwischen ihm und ihr gewesen, so wurde auch ihm nun sein Teil an Schmerzen zugemessen, und es kamen Stunden, in denen er sich fragte, ob er nicht mit Dagmar in bescheidenen Verhältnissen glücklicher geworden wäre, als mit Lisa in Glanz und Fülle. Aber gewöhnlich kam er dann nach langem Nachdenken doch zu dem Schluß, daß er auf ein sorgloses Leben in Luxus und Behagen noch weniger hätte verzichten können, als auf Dagmars Besitz.

Frau Ellen wünschte nun, daß ihre Tochter mit ihrem Verlobten die üblichen Verlobungsbesuche machen sollte.

„Man wird mich nicht sehr freundlich in denen Kreisen empfangen, Dagmar", meinte Ralf.

Die Komtesse schüttelte lächelnd den Kopf.

„Das sind deine alten, törichten Befürchtungen, Ralf. Du wirst sehen, man kommt dir überall freundlich entgegen. Auch in meinen Kreisen weiß man einen tüchtigen Mann zu schätzen. Und im übrigen sind jetzt deine und meine Kreise dieselben. Nicht wahr, da dürfte es keine Unterschiede geben."

„Auch können Sie Dagmar nicht isolieren, lieber Sohn. Sie muß doch auch in Zukunft in der Gesellschaft die Stellung einnehmen, die ihr zukommt", warf Frau Ellen ein.

Dagmar faßte mit festem, warmem Druck Ralfs Hand. „Laß dir nicht bange sein, Ralf. Meinetwegen brauchtest du keinerlei Verkehr anzubahnen. Aber du bist jetzt unbedingt der Herr des größten Grundbesitzes in der ganzen Umgegend, und so ein Besitz verpflichtet."

Lächelnd sah er zu ihr auf. „Es wird schon recht sein, wie du es willst, Dagmar. Meine Frage war auch mehr scherzhaft gemeint. Ich bin durchaus keine Einsiedlernatur. Du mußt mir in Zukunft nur sagen, wann und an wen ich Einladungen ergehen lassen muß."

„Das will ich gern tun. Vorläufig sind wir aber in Trauer und können so zurückgezogen leben, als wir wollen. Geselligkeiten im großen Stil, wie sie die Eltern hier in Schönau gepflegt haben, mag ich gar nicht."

„Aber Dagmar, ihr werdet doch hoffentlich eurem Stande angemessen ein großes Haus führen? Das ist doch selbstverständlich!" rief Frau Ellen eifrig.

Ruhig schüttelte Dagmar den Kopf.

„Nein, Mama, wenn Ralf das nicht ausdrücklich wünscht, ganz gewiß nicht. Ich finde es viel hübscher, einen kleinen Kreis gleichgesinnter Menschen um mich zu haben, als wahllose Masseneinladungen ergehen zu lassen. Ich denke, daß wir auch darin harmonieren, lieber Ralf."

Zustimmend sah er in ihre Augen.

Frau Ellen war etwas verstimmt. Sie hatte sich auf märchenhafte Feste gefreut, die sie im Namen und auf Kosten ihres Schwiegersohns veranstalten wollte. Nun wurde ihr dieser schöne Traum zerstört! Denn, wenn man sich in Berndorf mit einem „kleinen Kreise und einer schlichten Geselligkeit" begnügte, dann konnte sie des schlechten Eindrucks wegen in Schönau nicht üppiger leben als ihr Schwiegersohn.

Frau Ellen war also gar nicht zufrieden mit ihrer Tochter. Umso zufriedener war Ralf über die Haltung seiner Braut zu dieser Frage. Dagmar zuliebe hätte er natürlich in eine größere Geselligkeit ohne weiteres gewilligt, aber da sie selbst eine gewisse Beschränkung wünschte, war er sehr froh. —

Bei den Verlobungsbesuchen machte Ralf die Bekanntschaft all der Menschen, die ihn erst als Eindringling hatten abfallen lassen wollen, und die dann bei seiner Zurückhaltung so begierig auf seine Bekanntschaft geworden waren.

Ueberall wurde er außerordentlich freundlich aufgenommen. Auch in der Familie des Bankiers Volkmann erschien das Brautpaar. Bei dieser Gelegenheit traf es mit Baron Korff zusammen.

Als Dagmar am Arm ihres Verlobten den Volkmannschen Salon betrat und Heinz Korff erblickte, ging es ihr wie ein Stich durchs Herz. Zugleich fühlte sie aber auch, daß Ralf zusammenzuckte. Unruhig und ängstlich sah sie zu ihm auf, und in ihren Augen lag ein flehender Ausdruck.

Da nahm er sich zusammen und lächelte ihr beruhigend zu. In höflicher Ruhe, wenn auch etwas zurückhaltend, begrüßte er den Baron so gut, wie die anderen Herrschaften.

Lisa Volkmann plauderte mit Dagmar, wie eine glückliche, junge Braut zur anderen.

„Jetzt weiß ich doch, mein lieber Herr Jansen", sagte der Bankier, „weshalb Ihnen das Wohl der Schönauer Damen gar so sehr am Herzen lag."

Ralf erwiderte einige belanglose Worte auf diesen Scherz. Er konnte nur schwer seine Ruhe bewahren, denn er sah, daß die Augen des Barons mit einem heißen, brennenden Ausdruck auf Dagmars blassem Gesicht ruhten. Korff konnte seine Augen nicht von Dagmar losreißen. Er suchte ihre Augen auf sich zu lenken, weil er darin lesen wollte, ob in ihrem Herzen alles gestorben war, was sie für ihn empfunden hatte. In dieser Stunde erschien ihm nichts wichtiger, als diese Frage. Und es erschien ihm wie Wahnsinn, daß er Dagmar aufgegeben hatte. Die reiche Braut war ihm jetzt nur eine lästige Fessel. Eine brennende Eifersucht auf Ralf erfüllte sein Herz, Eifersucht und Neid, weil dieser den Regungen seines Herzens hatte folgen können.

Baron Korff fragte sich, ob Ralf Jansen wußte, daß Dagmar ihn liebte. Daß sie ihn noch liebte, wollte er in seiner Eitelkeit nicht bezweifeln.

Sein Blick flog zu Ralf hinüber. Dieser fing den Blick auf und erwiderte ihn mit einem stolzen, drohenden Aufblitzen seiner Augen. Zugleich erhob er sich und stellte sich, scheinbar zufällig, so zwischen Korff und seine Braut, daß dieser Dagmar nicht mehr sehen konnte. Korff erkannte natürlich die Absicht und wußte nun, daß Dagmar ihrem Verlobten von ihren früheren Beziehungen zu ihm gesprochen hatte.

Er biß sich auf die Lippen und wandte sich mit einer schnellen Bewegung seiner Braut zu. Indem er sich an ihrer Seite niederließ, wurde ihm der Ausblick auf Dagmar wieder frei. Er faßte Lisas Hand und küßte sie. Das tat er nur im instinktiven Bestreben, seinen Seelenzustand zu verbergen. Als aber dabei sein Blick Dagmars Gesicht traf, sah er in ihren Augen einen Ausdruck der Qual, der ihn frohlocken ließ.

Sie liebt mich noch immer — wie könnte es auch anders sein. Kann ich sie doch auch nicht vergessen. Sie liebt den Australier nicht, hat seine Bewerbung nur angenommen, weil er reich ist und ihr eine glänzende Stellung schafft. Sie wird mich auch immer lieben, wie ich sie immer lieben werde. Und — wenn ich ernstlich wollte — sie wäre doch wieder mein!

So dachte er. Schwer kam und ging der Atem aus seiner Brust. Wieder sah er zu Ralf hinüber. Der maß ihn entschieden mit eifersüchtigen Blicken. Er ahnte wohl, daß er Grund zur Eifersucht hatte.

Könnte ich nur kurze Zeit mit Dagmar allein sein, dachte Korff weiter, ich würde sie um Verzeihung bitten. Sie müßte mir verzeihen. Ich würde ihr sagen, daß meine Liebe zu ihr stärker und tiefer ist, als je zuvor. Sie müßte einsehen, daß ich nicht anders habe handeln können, wenn ich uns nicht beide einem sorgenvollen Leben ausliefern wollte. Ich würde von neuem um ihre Liebe werben. Was will es schließlich heißen, daß wir beide, weil wir arm sind, reiche Partien machen, von denen unser Herz nichts weiß. Wie das meine nach wie vor nur nach ihr verlangt, so wird das ihre auch nur mir in unverminderter Sehnsucht gehören.

Korffs Leidenschaft für Dagmar flammte hoch empor. Es war eine unreine Leidenschaft, die mit wilden Wünschen die stolze, liebliche Erscheinung der Komtesse umflatterte und sie erniedrigen wollte.

Hätte Dagmar sich nicht mit einem anderen verlobt, dann hätte Korff sie wohl bald vergessen. Aber die Eifersucht fachte den Funken, der noch unter der [illegible] ruhte, zur hellen Flamme an.

(Fortsetzung folgt.)

Dreier, 11. Febr. (Erneuerter Erpressungsversuch.) Vor einiger Zeit erhielt der Fahrhauer Engel in Dreier, dessen Frau bei einem Raubüberfall einen der Räuber in der Notwehr erschossen hatte, einen Drohbrief, der anonym gehalten und von mehreren Personen unterschrieben war, in dem E. aufgefordert wurde, bis zum 15. 1. cr. 12000 Mark als Sühne für den schmählichen Tod eines ihrer besten Freunde zu zahlen, widrigenfalls man blutige Rache an seiner Familie nehmen würde. Es wurde ein Bote geschickt, dem gegen ein Schreiben unverzüglich — spätestens innerhalb 5 Minuten — die 12000 Mark ausgehändigt werden müsse. Der Bote wisse von nichts und sei lediglich beauftragt, ein Paket aus dem Hause E. abzuholen; das Geld sei ihm daher in Form eines kleinen Pakets auszuhändigen; die Namen der beiden Personen, die ihn schickten, seien dem Boten gänzlich unbekannt. Der 15. Januar verlief jedoch, ohne daß der angebliche Bote sich einstellte. Erst am 5. Februar cr. nachmittags gegen 5 Uhr erschien ein Bote, der einen Brief im Hause Engel im Auftrage dritter Personen brachte und seine Auftraggeber nicht kennen will. Er will sie in Essen zufällig getroffen und von ihnen den Auftrag für eine Belohnung von 50 Mark bekommen haben, ihnen am Nachmittage einen kleinen Botendienst zu erweisen. Der vorläufig Festgenommene ist ein Bursche von ca. 16 Jahren, und erscheint es noch fraglich, ob den Angaben desselben Glauben zu schenken ist. Es liegt die Vermutung nahe, daß der Festgenommene die beiden Täter, die ihn bis fast zur Schwelle des Hauses Engel begleitet haben, kennt. Der Festgenommene wurde dem Amtsgericht Dorsten zugeführt. Leider ist es der Polizei nicht gelungen, die beiden Erpresser, die bei dem Raubüberfall im Hause Engel jedenfalls beteiligt sind, festzunehmen.

(TU) **Essen**, 14. Febr. **(Die Essener und Düsseldorfer Straßenbahner für den Streik.)** Bei der Abstimmung der Essener Straßenbahnangestellten ergaben sich 1755 Stimmen für den Streik, 72 dagegen. Auch die Düsseldorfer Straßenbahner haben sich mit überwiegender Mehrheit für den Streik ausgesprochen.

(TU) **Remscheid**, 14. Februar. **(Schießerei zwischen Engländern und deutschen Polizeibeamten.)** Hier hat eine nächtliche Schießerei zwischen zwei Engländern und Beamten der Schutzpolizei stattgefunden. Die Engländer, wahrscheinlich Heeresangehörige, waren in einem von der britischen Truppe in Köln gestohlenen Auto ins unbesetzte Gebiet gekommen und wurden von der Polizei angehalten. Bei der Feststellung der Personalien schossen die Engländer auf die Beamten und ergriffen die Flucht. Die Polizei feuerte ebenfalls, doch gelang es den Flüchtlingen, in der Dunkelheit zu entkommen. Beamte der Solinger Polizei und britische Soldaten holten später das Auto hier ab.

** **Gräfrath-Ketzberg**, 11. Febr. **(Kirchenwahl.)** In der evangel. Kirchengemeinde Ketzberg, in der der bekannte kommunistische Pfarrer Dr. Hartmann amtiert, führte die Kirchenwahl zu einem lebhaften Kampfe, aus dem die Gegner des Pfarrers Hartmann mit einer Mehrheit hervorgingen. Sie erhielten 21 Mandate, während die Anhänger Hartmanns es auf 19 Mandate in der Kirchenvertretung brachten. Pfarrer Hartmann hat übrigens kürzlich erklärt, daß er, der bis dahin der U. S. P. angehörte, sich der neuen kommunistischen Partei nicht angeschlossen habe, auch noch nicht wisse, wie er sich politisch orientieren werde.

(W) **Düsseldorf**, 15. Febr. **Ein verheerendes Explosionsunglück** ereignete sich am Sonnabend nachmittag kurz vor Schluß der Arbeitszeit in der an der Straße Leischlingen-Ohligs gelegenen Feuerwerkskörperfabrik von Lumberts & Co. In der Fabrik werden zurzeit Zündplättchen für Kinderpistolen hergestellt. Durch die Explosion wurden der Betriebsführer und 10 Arbeiterinnen getötet, sieben weitere Mädchen wurden schwer verletzt. Die Getöteten stehen im Alter von 19 bis 24 Jahren. Die Ursache der Explosion ist unbekannt. Die Stadtverordneten von Leischlingen veranstalteten für die Opfer der Explosion eine Trauerkundgebung. Die Fabrik ist fast vollständig zerstört. Die umliegenden Häuser und der benachbarte Wald sind schwer beschädigt.

„=" **Düsseldorf**, 11. Febr. **Vor dem Wuchergericht** wurde zwei Wochen lang gegen 38 Angeklagte wegen Schiebungen von Kalk oder wegen Beihilfe verhandelt. Der Hauptschuldige, der holländische Kaufmann Katan, konnte leider in Deutschland nicht gefaßt werden. Nach den Feststellungen in der Verhandlung hat Katan anscheinend Ausfuhrscheine gegen Bestechungsgeldern erschlichen. Auch waren die Ausfuhrscheine so geschickt gefälscht, daß sie für nicht Eingeweihte nicht zu erkennen waren, sogar für Zollbeamte nicht. Im ganzen sind etwa 80 Eisenbahnwagen meist mit Chlorkalium nach Holland verschoben worden. Ein Schiff mit 462 Tonnen konnte auf dem Wege nach Holland in Emmerich beschlagnahmt werden. Nach Mitteilungen amtlicher Stellen hat der Holländer Katan von Februar bis Mai 1920 für 848 000 Mk. Kali auf Grund gefälschter Ausfuhrscheine bezogen. Dieses Kali hat er anscheinend nach Amerika und den holländischen Kolonien weitergeleitet. Für einen Eisenbahnwagen Kali bezahlte Katan 15- bis 20 000 Mk.; in Holland bekam er dafür 2200 Gulden. Die Hauptlieferanten des Katan, die ebenfalls ein gutes Geschäft machten, weil der Syndikatspreis nur 6000 Mark für einen Eisenbahnwagen betrug, waren die Chemiker Viktor und Walter Baumann und der Kaufmann Ferdinand Röbig in Düsseldorf. Diese drei hatten Geschäfte in Düsseldorf, eine Chemische Fabrik in Rath und eine Antikesselstein-Gesellschaft in Oberkassel, und deckten mit diesen Geschäftsbezeichnungen, wie das Wuchergericht feststellte, die Ausfuhr. Während die chemischen Werke in Rath noch einen kleinen, fabrikmäßigen Betrieb hatten, besaß die Antikesselstein-Gesellschaft noch nicht einmal eine Arbeitsstätte. Das Wuchergericht verurteilte den Chemiker Viktor Baumann wegen vorsätzlicher verbotener Ausfuhr und wegen Schleichhandels zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis, 200 000 Mark Geldstrafe und Gewinneinziehung von 60 000 Mark, den Chemiker Walter Baumann zu 2 Jahren Gefängnis, 200 000 Mark Geldstrafe und Gewinneinziehung von 50 000 Mark und den Kaufmann Ferdinand Röbig zu 1 Jahr Gefängnis, 100 000 Mark Geldstrafe und Gewinneinziehung von 30 000 Mk. Gegen weitere sieben Angeklagte erkannte das Wuchergericht auf Gefängnisstrafen oder Geldstrafen. 13 Angeklagte wurden wegen des Mangels einer ausreichenden Ueberführung freigesprochen. Bei den übrigen 15 Angeklagten hatte sich völlige Unschuld ergeben. Unter den Angeklagten waren auch mehrere Spediteure, die Beihilfe geleistet haben sollten. Das Wuchergericht war der Ansicht, daß ihnen nur die Uebertretung der Kontrollvorschriften nachgewiesen worden sei. Trotz vieler Bedenken sei man aber zu einer Freisprechung gekommen; die Fälle der Uebertretung wurden aber dem Schöffengericht überwiesen.

** **M.-Gladbach**, 14. Febr. **(Ein neues Eisenbahnunglück.)** Auf der Eisenbahnstrecke M.-Gladbach—Rheydt fuhr Sonnabend früh um 5 Uhr der von M.-Gladbach abgegangene Personenzug nach Köln auf einen in gleicher Richtung fahrenden Güterzug. Mehrere Wagen dieses Zuges wurden aus den Gleisen gehoben. Von dem Personenzug wurde die Maschine schwer beschädigt, Packwagen und ein Personenwagen wurden übereinandergeschoben und ganz zertrümmert. Der im gleichen Augenblick durchfahrende Personenzug Rheydt—M.-Gladbach wurde beschädigt. Mehrere Personen wurden teils schwer, teils leicht verletzt. Hilfe war gleich zur Stelle. Der Verkehr auf der Strecke wird durch Umleitung der Züge aufrechterhalten.

(bb) **Krefeld**, 14. Febr. **(Verurteilung einer Räuberbande.)** Das hiesige Schwurgericht beschäftigte sich mit der Aburteilung einer Räuberbande, die im August 1920 einen schweren Raubüberfall auf die hiesige Maschinenfabrik Koerber und Lersch verübt hatten. Dort wurden damals die beiden Nachtwächter der Fabrik durch die acht Angeklagten überfallen und geknebelt, während mehrere Räuber die Lohnkasse ausraubten. Nach dem Wahrspruch der Geschworenen wurden folgende Urteile ausgesprochen: Der Fabrikarbeiter Coenen wird zu einer Zuchthausstrafe von 7 Jahren, der Heizer Ruhland, der Schlosser Heinen, der Kaufmann Janssen und der Metzgergeselle Roether zu je 6 Jahren Zuchthaus und alle Angeklagten zu 10 Jahren Ehrverlust verurteilt. Die anderen Angeklagten erhielten Gefängnisstrafe von 6 Monaten bis zu 1½ Jahren.

Köln, 14. Febr. **(Ein Neunzigjähriger.)** Der Geheime Baurat Franz Schultz feiert in seltener körperlicher und geistiger Rüstigkeit am 15. Februar seinen 90. Geburtstag. Als Zerbster Kind kam „Vater Schultz", wie er in den weitesten Kreisen des Rheinlandes genannt wird, in den fünfziger Jahren nach Köln, widmete sich der Maschinenindustrie und trat später bei der Firma Charlier u. van der Zypen zunächst als Direktor, später als Teilhaber ein. Als Erbauer eines der Dachreiter am Kölner Dom hat er sich ein bleibendes Denkmal gesetzt. Wie wir hören, wird ihm im Siebengebirge, das seit einem Menschenalter sich seiner besonderen Vorliebe erfreut, an einem ihm von seinen Kindern geschenkten Platze eine Plakette mit seinem Bildnis enthüllt werden. Möge der joviale alte Herr sich noch lange Jahre der Schönheiten seiner geliebten Sieben Berge erfreuen können.

„=" **Wiesdorf**, 14. Febr. **(Ein Aufruf an die streikenden Arbeiter.)** Bürgermeister Dr. Janz erläßt an die streikenden Arbeiter der Farbenfabriken einen Aufruf zur Wiederaufnahme der Arbeit, in dem es u. a. heißt: Infolge des in der Gemeinde Wiesdorf herrschenden Streiks ist bittere Not in Tausenden von Arbeiterfamilien hineingetragen worden. Mit den vom Streik betroffenen Familien gerät auch die Gemeinde in den Abgrund. Nur möglichst rasche Wiederaufnahme der Arbeit kann uns noch vor dem Zusammenbruch retten. Die für die Entscheidung über die Streikursache berufene Tarifinstanz hat die Arbeitsniederlegung als einen schweren Tarifbruch bezeichnet. Damit ist das Urteil über den Streik gesprochen. Mit diesem Ergebnis muß sich die vernünftige Arbeiterschaft, die auf dem Boden der von ihr selbst abgeschlossenen Tarifverträge steht, abfinden. Die Farbenfabriken haben mir versichert, daß im Bereich der Möglichkeit für alle Arbeiter, die Gesetz und Tarif achten, die Tore der Fabrik möglichst bald geöffnet werden. Zu diesem Aufruf zwingt mich in kritischer Stunde die schwere Verantwortung für unser gefährdetes Gemeinwesen. Arbeiter und Arbeiterinnen, folgt diesem Ruf!

** **Bonn**, 11. Febr. **(Studentische Arbeitshilfe.)** Die Studentenschaft der Landwirtschaftlichen Hochschule in Bonn-Poppelsdorf vermittelt als Beauftragte sämtlicher Hochschulen Westdeutschlands für die Osterferien (März-April) studentische Arbeitshilfe. Die Arbeitsuchenden sind größtenteils bereits in der landwirtschaftlichen Praxis tätig gewesen, zur tatkräftigen Mitwirkung bei der Frühjahrsbestellung und allen in landwirtschaftlichen Betrieben vorkommenden Arbeiten bereit, legen aber Wert auf eine der Sonderstellung der Studierenden entsprechende Unterbringung und Behandlung. Auch zur vertretungsweisen Besetzung von Beamtenstellen stehen geeignete Kräfte zur Verfügung. Alles Nähere durch die Studentenschaft der Landwirtschaftlichen Hochschule Bonn-Poppelsdorf, Merkenheimer Allee 102.

** **Anholt**, 14. Febr. **Ein Personenschieberauto** mit Waren und 150 000 Mark Papiergeld versuchte in der Nähe von Anholt über die deutsch-holländische Grenze nach Holland zu gelangen. Im letzten Augenblick konnte jedoch der Wagen von der Grenzbehörde angehalten und der gesamte Inhalt beschlagnahmt werden. Man glaubt für die Vermutung besondere Unterlagen zu haben, daß der Wagen von einer gutorganisierten Geldschiebergesellschaft, die in Frankfurt ihren Hauptsammelpunkt hat, vorgeschickt worden ist, um das Gelände zu erkundigen; steht es doch fest, daß Tag für Tag neue riesige Mengen von Gold und Silber ins Ausland verschoben werden. Hauptsächlich galizische und polnische Elemente, die teilweise sogar bandenweise auftreten, kommen als Händler in Betracht. Mit Hilfe von sogenannten „Schleppern", welche die Gold- und Silbermünzen in Schmuggelgurten, Westen und Korsetts verbergen, werden die großen Schiebungen vollzogen. Zur Beförderung ihrer Waren bedienen sich die Schieber vorzugsweise der Auto- und Pferdedroschken.

2¼ Millionen oberschlesischer Ostmärker, in deutscher Kultur großgezogen, hat nur den einen glühenden Wunsch, bei Deutschland zu bleiben, und fürchtet sich, polnischer Barbarei und Unkultur ausgeliefert zu werden. Deutscher Landsmann, habe ein Herz und hilf!

Eine folgenschwere Benzin-Explosion.

(TU) **Klausenburg**, 14. Febr. In der Nähe von Kronstadt explodierte im Wagen eines Personenzuges ein Benzinbehälter. 20 Personen wurden getötet, 40 schwer und eine große Zahl leicht verletzt.

600 Sowjetrubel für eine deutsche Papiermark.

(TU) **Warschau**, 14. Febr. Ein Rigaer Korrespondent meldet seinem Blatte: Die Bolschewisten sind mit mehreren Vorschlägen an die polnischen Vertreter herangetreten, der nichts weniger bedeutet als eine Streichung der allgemeinen Abrechnung zwischen Polen und Sowjetrußland. Die bolschewistischen Vertreter haben vorgeschlagen, daß die Zahlungen der Sowjetregierung in Sowjetrubeln erfolgen sollen und wollen von diesem Standpunkt durchaus nicht abgehen. Dabei sollen 5 Sowjetrubel für einen Zarenrubel vom Jahre 1914 in Anrechnung kommen. — Zur Illustration dieses Vorschlages sei eine Nachricht angeführt, nach der an der Grenze der neutralen Zone für 1000 polnische Mark 40 000 Sowjetrubel gezahlt werden. Dadurch würden etwa 600 Sowjetrubel einer deutschen Papiermark gleichkommen.

Eine bemerkenswerte Zahlungseinstellung.

(TU) **Antwerpen**, 14. Febr. Es verlautet, daß ein bekannter Diamantenhändler die Zahlungen eingestellt habe. Seine Passiven sollen verschiedene Millionen betragen. Mehrere Handelsfirmen werden betroffen und büßen Beträge bis zu 350 000 Frank ein.

*

— **(Wichtig für England-Deutsche!)** Das in London W. C. 2, 27, Chancery Lane, arbeitende „Friends Emergency and war Victim's Relief Committee" teilt dem Deutschen Ausland-Institut mit, daß es seine Arbeiten abzuschließen gedenke, da es bei längerem Zuwarten immer schwerer werde, das von Deutschen in England zurückgelassene Gepäck und ähnliches aufzufinden und den Inhabern zuzustellen. Das Komitee wird daher Bitten um Unterstützung nurmehr bis zum 1. April 1921 annehmen.

— **„Rechtsprechung" im besetzten Gebiet.** Das französische Militärpolizeigericht im deutschen Wiesbaden verurteilte die Karoline Kuhn aus Bieberich wegen unkorrekten Verhaltens nach Artikel 25 § 1 der Ordonnanz 1 der Rheinlandkommission zu 2500 Mark Geldstrafe oder 3 Monaten Gefängnis nebst den Kosten der öffentlichen Bekanntmachung. Sie war in Abwesenheit des bei ihr einquartierten französischen Offiziers in dessen Zimmer eingedrungen, um verschiedene ihr gehörige Küchengeschirre zur Benutzung zu entnehmen.

Mitteilungen des Lebensmittelamtes der Stadt Kamen.

Der Gewerbezucker ist jetzt eingetroffen.

Kleine Nachrichten.

Im Gegensatz zu anderen Städten Elsaß-Lothringens wird nunmehr den Arbeitslosen in Mülhausen eine Unterstützung gewährt, die sich zwischen 120—300 Franken monatlich bewegt.

Nach dem „Robotnik" hat der französische Ministerpräsident Briand die Annahme des polnischen Ordens vom Weißen Adler abgelehnt.

In Chikago wurde bei einer Wahlversammlung eine Bombe geschleudert. 17 Personen wurden schwer verletzt.

Das portugiesische Ministerium hat die Demission des gesamten Kabinetts eingereicht.

Die spanische Regierung hat deutschen Firmen die Lieferung von 118 Lokomotiven, die vor Ende 1921 fertig gestellt werden sollen, übertragen.

☞ Im Interesse der vielen Bruchleidenden sei an dieser Stelle nochmal ganz besonders auf das Inserat des Herrn Ph. Steuer Sohn in heutiger Nummer hingewiesen. 731



Todes-Anzeige!

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, heute früh 6¼ Uhr, nach kurzer Krankheit meinen lieben, innigstgeliebten Mann, unsern guten Vater, Schwieger- und Großvater, Bruder, Schwager, Onkel, Vetter und Neffen, den

Reviersteiger

Gustav Hirse

im Alter von fast 52 Jahren zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Um stille Teilnahme bitten:

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Frau Wilhelmine Hirse
geb. Krahnefeld

nebst Kindern.

Kamen, Ende, Barop, Bochum, Dortmund, Witten, Brackel, Lütgendortmund, Buer, Essen und Bremen, den 13. Febr. 1921.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 16. d. M., nachm. 4 Uhr, vom Trauerhause, Lünenerstr. 27, aus statt.
Trauerfeier ½ Stunde vorher. 1747

Danksagung.

Da es mir nicht möglich ist, jedem Einzelnen für die herzliche Anteilnahme bei dem Verluste meines lieben Mannes, unseres herzenguten Vaters zu danken, so tun wir es auf diesem Wege. Auch danken wir den vielen Kranzspendern von nah und fern, dem Gesangverein „Einigkeit", der sozialdemokratischen Partei, dem alten Bergarbeiter-Verband, seinen Mitarbeitern der Zeche „Grillo" sowie allen Verwandten, Freunden und Bekannten, besondern Dank Herrn Strelinsky für seine trostreichen Worte am Grabe unseres teuren Entschlafenen.

Kamen, den 14. Februar 1921.

Frau Wwe. Jda Weitz.
geb. Bittner

nebst Kindern.

690

Klavierstimmen.

Bin in den nächsten Tagen zum Stimmen und Reparieren der Pianos, Flügel und Harmoniums in Kamen anwesend. Aufträge werden in der Geschäftsstelle dieser Zeitung entgegengenommen.

Ad. Jürgens senior, Klavierbauer, Hamm, Nordstraße 8.

Fast neues

Bandoneon

104tönig, billig zu verkaufen. 709

Hohendahlstr. 5, Stube 6.

Mittwoch, d. 16. Febr., abends 7½ Uhr:

Letzte große

Zentrums-Versammlung

im Saale des Herrn Dröge, Bahnhofstraße.

Redner: Herr Arbeiterf. Isenrath-Hamm, Frl. Haarmann-Dortmund.

756

Mitglieder und Freunde der Partei werden hiermit frdl. eingeladen.

Eintrittsgeld 50 Pfg. **Der Vorstand.**

Kaufen Sie

Dixin von Henkel

bestes

Seifenpulver

Preis Mk. 2.25 das Paket.

Alleinige Fabrikanten:

Henkel & Cie., Düsseldorf.

Bruchleidende

bedürfen kein sie schmerzendes Bruchband mehr, wenn sie mein in Größe verschwindend kleines, nach Maß und ohne Feder Tag und Nacht tragbares, auf jeden Druck, wie auch jeder Lage und Größe des Bruchleidens selbst verstellbares, konkurrenzlos dastehendes, ärztlich empfohlenes

Universal-Bruchband

tragen, das für Erwachsene und Kinder, wie auch jedem Leiden entsprechend herstellbar ist. Mein Spezialist ist zu sprechen am Freitag, den 18. Februar, nachmittags von 4 bis 6 Uhr, in Kamen, Bahnhofs-Hotel, Donnerstag, den 17. Februar, abends von 6¼ bis 7 Uhr und Freitag, den 18. Februar, morgens von 9 bis 2½ Uhr, in Dortmund, Hotel Burghof, Burgwall 22, Samstag, den 19. Februar, morgens von 8½ bis 12½ Uhr, in Unna, Hotel Dröge, mit Muster vorerwähnter Bänder, sowie mit ff. Gummi- und Federbänder neuesten Systems, in allen Preislagen, anwesend. Muster in Gummi-, Hängeleib-, Leib-, Umstands-, Muttervorfall- und Mastdarmvorfall-Binden, wie auch Geradehalter, Krampfaderstrümpfe und Suspensorien stehen zur Verfügung. Neben sachgemäßer versichere auch gleichzeitig streng diskrete Bedienung. Anerkennungsschreiben stehen zur Verfügung.

Ph. Steuer Sohn, Spezial-Bandagen- und Orthopädiefabrikation.

Konstanz in Baden, Wessenbergstraße 15/17. Telephon 515.

Holzverkauf

Haus Velmede.

Mittwoch, den 16. d. M., morgens 11 Uhr, sollen im Forstdistrikt Ostbunge und Maisunder:

100 Raummeter Eichen, Fichten und Kiefernstangen, zu Frechtungen und Brandholz und **25 Stück Buchen** zu Brandholz

öffentlich, meistbietend verkauft werden.

Versammlung an der Deikhager Brücke.

Töddinghausen. 728

Blödorn.

Kranke Frauen Männer

welche bisher keine Hülfe fanden, versuchen Sie mein komb. Heilverfahren bei

Beinschäden als Krampfadern, Entzündungen, Geschwüren, geschwollenen Beinen, Steifheit, eingewachsenen Nägeln, **Hautleiden,** jeder Art Flechten, Krätze, Hautverdickung, Hautschrunden, Hühneraugen usw.

Frauenkrankheiten, Blutarmut, Bleichsucht, Nerven-, Magen-, Gauen- und Leberleiden, Gicht und Rheumatismus, Wassersucht, Krämpfe (Fallsucht).

Bandwurm, Spul- und Madenwürmer werden in 2 Stunden schmerz- und gefahrlos entfernt.

Bruchleiden werden operationslos nach dem Dr. Reimannschen Heilsystem behandelt.

Klewels Naturheilinstitut Dortmund,

Liebfrauenstraße 20 an der Liebfrauenkirche.

Aeltestes Institut am Platze. Keine Dankschreibenreklame.

Sprechstunden täglich (außer Dienstags) von 9 bis 12 Uhr und 2 bis 5 Uhr, Sonntags nur vormittags. p80

Umgepresst

wird jeder

Herren-Hut

für nur **17.50 Mk.** in eigener Werkstatt.

Gebr. Keil, Kamen,

Bahnhofstrasse 445.77 447

Bekanntmachung.

Betr. elektrische Anlagen.



Wir haben in letzter Zeit die Wahrnehmung machen müssen, daß in unserm Versorgungsgebiet von Installateuren, welche uns fremd und unbekannt sind, ohne unsere Genehmigung, elektrische Licht- und Kraftanlagen ausgeführt werden. Unsere Konsumenten werden hierdurch darauf aufmerksam gemacht, daß wir nur solche Anlagen abnehmen und in Betrieb setzen können, welche von den bei uns konzessionierten Elektro-Firmen und Fachleuten ausgeführt sind. 727

Die Konsumenten tun gut, wenn sie sich von den sich anbietenden Installateuren, die vom Magistrat der Stadt Kamen ausgestellte Berechtigungs-Urkunde vorzeigen lassen.

Kamen, den 8. Februar 1921.

Städt. Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerk.

Bekanntmachung.

Nach Mitteilung der Reichsgetreidestelle ist es in letzter Zeit wiederholt vorgekommen, daß eine Kontrolle der Mühlen durch Beamte der Reichsgetreidestelle aus dem Grunde nicht möglich war, weil die betreffenden Müller angeblich abwesend waren und entweder die Mühle verschlossen und den Schlüssel mitgenommen hatten oder daß das Mahlbuch und die Mahlkarten, die zur Kontrolle der Mühlen dienen, angeblich verschlossen waren.

Ich weise die Müller darauf hin, daß die Mühlenkontrolle unbedingt jederzeit möglich sein muß, zu welchem Zwecke bei evtl. Abwesenheit des Müllers die Schlüssel zu den Betriebsräumen stets in der Wohnung zurückzulassen und von den Hausangehörigen zu verwahren sind; ebenso müssen Mahlbuch und Mahlkarten immer zur Einsicht offen liegen. Ferner mache ich darauf aufmerksam, daß die Müller verpflichtet sind, gemäß § 50 Abs. 2 der Reichsgetreideordnung den Beamten bei der Durchführung der Prüfung behilflich zu sein. 735

Hamm (Westf.), den 7. Februar 1921.

Der Kreisausschuß des Landkreises Hamm.
Der Vorsitzende: Schulze-Pelkum.

Auf Grund des § 160 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung werden die Ortspreise für den Wert der Sachbezüge für die Zechenangestellten für den Bezirk des Versicherungsamts Hamm-Land mit sofortiger Wirkung wie folgt festgesetzt:

1. freie Wohnung für
   a) Betriebsführer 1050 Mk.
   b) Obersteiger und Fahrsteiger 720 Mk.
   c) Steiger und ihnen gleichstehende Angestellte 580 Mk.
   d) Fahrhauer, Meister und ihnen gleichstehende Angestellte 500 Mk.
   e) Fördermaschinisten 400 Mk.
2. für freien Brand 2% des Bareinkommens,
3. für freie Beleuchtung 1% des Bareinkommens. 729

Die vorstehend bezeichneten Werte verstehen sich pro Jahr. Beim Nachweis erheblicher Mehr- oder Minderwerte in besonderen Fällen bleibt eine andere Festsetzung vorbehalten.

Als Bareinkommen gelten die Bezüge an Gehalt, Teuerungszulagen, Prämien und Gratifikationen im Laufe des vorangegangenen Jahres — Geschäfts-, Steuer- oder Kalenderjahr. In den Wert der freien Wohnung ist das Garten- und Ackerland, soweit das übliche Maß nicht überschritten wird, eingeschlossen.

Hamm (Westf.), den 26. Januar 1921.

Versicherungsamt Hamm-Land:
J. V.: v. Tampe, Regierungs-Assessor.

Hygienische Artikel

Frauenduschen, Gummiwaren

liefern in anerkannt erstklassiger Qualität auf Grund langjähriger fachmännischer Erfahrung zu billigsten Preisen 629

Bendin & Co., Dortmund I.,

Schließfach 470.

Preisliste gratis und franko.

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf § 32 der Wahlordnung für die Wahlen zum Provinziallandtage und Kreistage werden die zugelassenen Wahlvorschläge zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

A. Provinziallandtagswahl.

Wahlvorschlag 1.
Deutschnationale Volkspartei.

1. Haas, Robert, Gewerkschaftssekretär, Weidenau.
2. Lüttringhaus, Friedrich, Fabrikant, Langerfeld.
3. Schulze-Pelkum, Karl, Landrat, Hamm i. W.
4. Hoffmann, Hedwig, Frau, Bochum.
5. Lange-Windhoff, Gutsbesitzer, Herringserhöfe, Kr. Soest.
6. Frey, Pfarrer, Lünen a. d. Lippe.
7. Butenuth, Hans, Studienrat, Altena i. W.
8. Kretschmar, Dr., Erich, Landrat, Berleburg.
9. Beckmann, Gottfried, Stadtrat, Unna.
10. Schwarz, Dr. Theodor, Professor, Gevelsberg.
11. Teppaag, Emmy, Frau, Dortmund.
12. Biermann, Dr., Wilhelm, Rechtsanwalt, Hamm i. W.

Wahlvorschlag 2.
Deutsche Volkspartei.

1. Windhorst, Eduard, Justizrat, Hamm.
2. Eichhoff, Dr., Ernst, Oberbürgermeister, Dortmund.
3. Müller, Karl, Bergassessor, Rauxel.
4. Thomée, Fritz, Landrat, Altena i. W.
5. Wimmelmann, Heinrich, Bergwerksdirektor, Gelsenkirchen.
6. Adams, Anna, Ehefrau, Hörde.
7. Funcke, Oskar, Fabrikant, Hagen i. W.
8. Küppers, Dr., Paul, Redakteur, Bochum.
9. Loag, Josef, Landwirt, Goemannshof bei Allagen.
10. Hohendahl, Fritz, Bergassessor, Wanne.
11. Berkemeyer, Karl, Kaufmann u. Gastwirt, Dortmund.
12. Jütte, Friedrich, Hüttendirektor, Gaisweid.
13. Winter, Wilhelm, Graveur, Lüdenscheid.
14. Grah, Peter, Kommerzienrat, Sundwig.
15. Müller, Albano, Fabrikant, Schwelm.
16. Nuyken, Wilhelm, Redakteur, Wetter a. d. Ruhr.
17. Kersting, Ernst, Vorarbeiter, Hüsten.
18. Graff, Fritz, Oberbürgermeister, Bochum.
19. Werner, Heinrich, Architekt und Maurermeister, Hattingen.
20. Wehrmann, Dr., Karl, Direktor, Bochum.
21. von Velsen, Otto, Oberbergrat a. D., Herne.
22. Becker, August, Kaufmann, Hagen i. W.
23. Biermann, Bernhard, Prokurist, Altenboerde.
24. Stölting, Alwin, Studiendirektor, Eickel.

Wahlvorschlag 3.
Zentrumspartei.

1. Hütte, Franz, Rektor, Altenbögge.
2. Canisius, Heinrich, Gewerkschaftsbeamter, Berge.
3. Osthaus, Emma, Ehefrau, Altenbögge.
4. Schulte, Franz, Pfarrer, Hemmerde.
5. Tippelmann, Heinrich, Postsekretär, Fröndenberg.

Wahlvorschlag 4.
Deutsche demokratische Partei.

1. Hue, Fritz, Lehrer, Gerlingsen.
2. Cuno, Willi, Oberbürgermeister, Hagen i. Westf.
3. Stockey, Julius, Fabrikant, Milspe.
4. Alberts, Heinrich, Postmeister, Werdohl.
5. Kromaher, Ludwig, Frau, Studienrätin, Witten.
6. Kohn, Friedrich, Justizrat, Dortmund.
7. Löffler, Wilhelm, Stadtobersekretär, Hamm i. Westf.
8. Peyinghaus, Ewald, Landwirt, Möckingen b. Zurstraße.

Wahlvorschlag 5.
Sozialdemokratische Partei (S. P. D.)

1. Schönfelder, Paul, Gemeindevorsteher, Heeren.
2. Strathmann, Hugo, Regierungslandmesser, Unna.
3. Schmidt, Albert, Bergmann, Werries.
4. Weiß, Hermann, Bergmann, Bergkamen.
5. Schwerter, Emil, Lehrer, Altendorf bei Langschede a. d. Ruhr.

Wahlvorschlag 6.
Unabhängige Sozialdemokratische Partei.

1. Schreiner, Heinrich, Bergmann, Heerewerwe.
2. Eylardi, Otto, Justizrat, Unna.
3. Ostermann, Wilhelm, Steiger, Methler.
4. Westerboß, Karl, Landwirt, Hilbeck.
5. Kemper, Karl, Lehrer, Nordbögge.
6. Kupperschlag, Josef, Uhrmachermeister, Kamen.
7. Landwehr, Karl, Leitungsaufseher, Heerewerwe.

Wahlvorschlag 5.
Sozialdemokratische Partei (S. P. D.)

1. Schönfelder, Paul, Gemeindevorsteher, Heeren.
2. Dröge, Heinrich, Knappschaftsältester, Bergkamen.
3. Hellwig, Wilhelm, städt. Klärmeister, Unna.
4. Brinkmann, Emil, Bergmann, Mark.
5. Nieft, Paul, Justizobersekretär, Kamen.
6. Winkelbach, Theodor, Dreher, Fröndenberg a. R.
7. Hohermeier, Friedrich, Lehrer, Massen.
8. Schenk, Heinrich, Gemeindevorsteher, Wiescherhöfen.
9. Nigge, Wilhelm, Schmied, Unna-Königsborn.
10. Michels, Wilhelm, Bergmann, Werries.
11. Lepke, Oswald, Stadtrat und Bergmann, Kamen.
12. Schwerter, Emil, Lehrer, Altendorf bei Langschede.
13. Bothe, August, Bergmann, Westick, Germaniastraße 12.
14. Dittrich, Max, Bergmann, Rünthe.
15. Hoffmann, Karl, Bergmann, Unna.
16. Krolopp, Friedrich, Bergmann, Lenningsen.
17. Beier, Robert, Bergmann, Kamen.
18. Dreier, Friedrich, Kettenschmied, Fröndenberg.
19. Hartmann, Friedrich, Bergmann, Methler.
20. Winkelhake, Ernst, Bergmann, Altenbögge.
21. Klapproth, Karl, Bergmann, Alteheide.
22. Koch, Wilhelm, Drahtzieher, Mark.
23. Becker, Peter, Bergmann, Afferde.
24. Baumert, Robert, Bergmann, Bönen.
25. Heinecke, Gustav, Postschaffner, Unna.
26. Schiskowski, David, Bergmann, Mark.
27. Niederdellmann, Heinrich, Bergmann, Kamen.
28. Werthwein, Paul, Polizeioberwachtmeister, Westick.
29. Nabe, Wilhelm, Maurerpolier, Wiescherhöfen.

Wahlvorschlag 6.
Unabhängige Sozialdemokratische Partei.

1. Schreiner, Heinrich, Bergmann, Heerewerwe.
2. Steinhoff, Paul, Bergmann, Massen.
3. Kurz, Leo, Bergmann, Unna.
4. Herbermann, Wilhelm, Bergmann, Bergkamen.
5. Schilling, Heinrich, Bergmann, Heerewerwe.
6. Lohstraeter, Fritz, Bergmann, Massen.
7. Thoen, Karl, Bergmann, Unna.
8. Redmann, Gustav, Bergmann, Heerewerwe.
9. Taenzer, Richard, Schlosser, Massen.
10. Mueller, Albert, Bergmann, Massen.
11. Saenger, Franz, Bergmann, Unna.
12. Hennenkaemper, Gust., Bergmann, Heerewerwe.

Wahlvorschlag 7.
Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands.

1. Kirmse, Paul, Bergmann, Rünthe.
2. Förster, Reinhold, Bergmann, Wiescherhöfen.
3. Bernarding, Jakob, Bergmann, Werries.

B. Kreistagswahl.

Wahlvorschlag 1.
Deutschnationale Volkspartei.

1. Böckelmann, Fritz, Landwirt u. Gemeindevorsteher, Strickherdicke.
2. Lippmann, Leopold, Landwirt, Rünthe Nr. 3.
3. Grüßner, Ernst, Winterschuldirektor, Unna.
4. Hufelschulte, Fritz, Landwirt u. Gemeindevorsteher, Allen.
5. Hüggenberg, Heinrich, Landwirt, Lünern.
6. Pannock, Franz, Ackerer, Norddinker.
7. Bußmann, Friedrich, Lehrer, Pelkum.
8. Neuhaus, Johanna, Lyzeallehrerin, Unna.
9. Lange, Alfred, Landwirt, Langenhof bei Fröndenberg.
10. Voß, Wilhelm, Landwirt, Uelzen.
11. Schulze-Oben, Ludwig, Landwirt, Frömern.
12. Schimmel, Kurt, Arbeitersekretär, Unna.
13. Henschen, Ernst, Elektromonteur, Fröndenberg.
14. Platte, Heinrich, Landwirt, Osterbönen.

Wahlvorschlag 2.
Deutsche Volkspartei.

1. Heppe, Leopold, Kaufmann, Unna.
2. Schulze-Steinen, Ludwig, Landwirt, Hemmerde.
3. Kleiböhmer, Heinrich, Zimmermeister, Wiescherhöfen.
4. Altena, Gottlieb, Volksschullehrer, Kamen.
5. Rumpf, Heinr., Betriebsführer, Lenningsen.
6. Quellenberg, Friedrich, Werkmeister, Fröndenberg.
7. Schwenk, Adolf, Seminarlehrer, Unna.
8. Dohmwirth, Friedrich, Landwirt, Braam.
9. Rumpff, Wilhelm, Bergmann, Kamen.
10. Maßmann, Wilh., Bauunternehmer, Dellwig.

Wahlvorschlag 3.
Zentrumspartei.

1. Rüter, Bernhard, Landwirt, Rhynern.
2. Eggert, Kaspar, Bergmann, Kamen.
3. Schulte, August, Theodor, Fabrikdirektor, Unna.
4. Weidekamp, Paul, Lehrer, Kamen.
5. Thulfaut, Heinr., Privatangestellter, Fröndenberg.
6. Schulte, Franz, Pfarrer, Hemmerde.
7. Bieling, Franz, Schreinermstr., Hemmerde.
8. Canisius, Heinrich, Gewerkschaftsbeamter, Berge bei Hamm.
9. Kirchhoff, Johannes, Lehrer, Heeren.
10. Elbert, Emilie, Ehefrau, Bönen.
11. Hildebrand, Friedrich, Fahrhauer, Herringen.
12. Krämer, Leopold, Fabrikarbeiter, Warmen bei Fröndenberg.
13. Biermann, Konrad, Kötter, Overberge bei Kamen.
14. Jacob, Heinrich, Kaufmann, Kamen.
15. Dieckmann, Friedrich, Landwirt, Fröndenberg.

Wahlvorschlag 4.
Deutsche demokratische Partei.

1. Dr. Wiesner, Kurt, Bürgermeister, Kamen.
2. Eylardi, Otto, Justizrat, Unna.
3. Ostermann, Wilhelm, Steiger, Methler.
4. Westerboß, Karl, Landwirt, Hilbeck.
5. Kemper, Karl, Lehrer, Nordbögge.
6. Kupperschlag, Josef, Uhrmachermeister, Kamen.
7. Landwehr, Karl, Leitungsaufseher, Heeren-Werwe.

Wahlvorschlag 5.
Sozialdemokratische Partei (S. P. D.)

1. Schönfelder, Paul, Gemeindevorsteher, Heeren.
2. Dröge, Heinrich, Knappschaftsältester, Bergkamen.
3. Hellwig, Wilhelm, städt. Klärmeister, Unna.
4. Brinkmann, Emil, Bergmann, Mark.
5. Nieft, Paul, Justizobersekretär, Kamen.
6. Winkelbach, Theodor, Dreher, Fröndenberg a. R.
7. Hohermeier, Friedrich, Lehrer, Massen.
8. Schenk, Heinrich, Gemeindevorsteher, Wiescherhöfen.
9. Nigge, Wilhelm, Schmied, Unna-Königsborn.
10. Michels, Wilhelm, Bergmann, Werries.
11. Lepke, Oswald, Stadtrat und Bergmann, Kamen.
12. Schwerter, Emil, Lehrer, Altendorf bei Langschede.
13. Bothe, August, Bergmann, Westick, Germaniastraße 12.
14. Dittrich, Max, Bergmann, Rünthe.
15. Hoffmann, Karl, Bergmann, Unna.
16. Krolopp, Friedrich, Bergmann, Lenningsen.
17. Beier, Robert, Bergmann, Kamen.
18. Dreier, Friedrich, Kettenschmied, Fröndenberg.
19. Hartmann, Friedrich, Bergmann, Methler.
20. Winkelhake, Ernst, Bergmann, Altenbögge.
21. Klapproth, Karl, Bergmann, Alteheide.
22. Koch, Wilhelm, Drahtzieher, Mark.
23. Becker, Peter, Bergmann, Afferde.
24. Baumert, Robert, Bergmann, Bönen.
25. Heinecke, Gustav, Postschaffner, Unna.
26. Schiskowski, David, Bergmann, Mark.
27. Niederdellmann, Heinrich, Bergmann, Kamen.
28. Werthwein, Paul, Polizeioberwachtmeister, Westick.
29. Nabe, Wilhelm, Maurerpolier, Wiescherhöfen.

Wahlvorschlag 6.
Unabhängige Sozialdemokratische Partei.

1. Schreiner, Heinrich, Bergmann, Heerewerwe.
2. Steinhoff, Paul, Bergmann, Massen.
3. Kurz, Leo, Bergmann, Unna.
4. Herbermann, Wilhelm, Bergmann, Bergkamen.
5. Schilling, Heinrich, Bergmann, Heerewerwe.
6. Lohstraeter, Fritz, Bergmann, Massen.
7. Thoen, Karl, Bergmann, Unna.
8. Redmann, Gustav, Bergmann, Heerewerwe.
9. Taenzer, Richard, Schlosser, Massen.
10. Mueller, Albert, Bergmann, Massen.
11. Saenger, Franz, Bergmann, Unna.
12. Hennenkaemper, Gust., Bergmann, Heerewerwe.

Wahlvorschlag 7.
Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands.

1. Kirmse, Paul, Bergmann, Rünthe.
2. Förster, Reinhold, Bergmann, Wiescherhöfen.
3. Bernarding, Jakob, Bergmann, Werries.

Hamm (Westf.), den 12. Februar 1921.

Der Wahlkommissar: Schulze-Pelkum.